

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Pettzeile 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Den Märglern ins Stammbuch.

Gegen die ewigen Kritiker, nur des Kritisierten willen, gegen die Märgler und Meinigkeitskrämmer ist ein hartes Wort nicht selten eine wirkliche Erlösung. Kaum etwas vermag mehr zu peinigten, als der ewig rieselnde Blutfabenregen der Kritikasterei. Ueber alles, was nach einem Fehler aussehen könnte, fallen sie mit förmlichem Heißhunger her, an Schönheiten, an allem Guten, und Eblen aber gehen sie achtlos vorbei. Bei ihrer ewigen Märgelsucht ver-gessen sie die Dichtselten des Ganzen aufzufassen, das Gebäude als einen einzigen Gegenstand zu sehen, seinen Zweck, die Einrichtung der einzelnen Teile, und ihr harmonisches Zusammenwirken zu diesem Zwecke zu würdigen.

Der Starke aber wird sich durch die Kleinsichen Kritiker nicht beirren lassen und sich vor Augen halten, daß, wer nicht schweigen kann, bis die Zeit zum Reden und Handeln kommt, kein rechter Mann ist.

Wenn selbst aber die Bekrittelung der anderen ihm unangenehm ist und peinlich zu werden, ihm Schmerz zu verursachen droht, so wird er doch höchstens für einen Moment nur aufzucken und dann unbetrübt seinen Weg weiter gehen, eingebend des Wortes des schottischen Weisen: „Sind nicht Gedanken, jede wirkliche Arbeit, ja selbst die höchste Tugend Kinder des Schmerzes? Wie aus schwarzem Wirbelwind geboren. Wahre Anstrengung — gleich dem Kämpfen eines Gefangenen, sich frei zu machen — das ist Gedanke. Wir werden durch Leiden vol-lendet.“

Zum Kampf um Rheinfelden.

Leider ist es uns noch nicht möglich, in dieser vielumstrittenen Angelegenheit die Akten zu schließen; das Verhalten der Gegner zwingt uns vielmehr, immer wieder auf die Angelegenheit einzugehen. In der letzten Nummer (46) der sozialdemokratischen „Metallarbeiter-Zeitung“ wird der gehässige Kampf mit vergifteten Waffen weiter fortgesetzt. Mit schönen Phrasen und persönlichen Anzuspelungen soll der unvermeidliche Müßzug und die Blamage im Vorhölzer'schen Lügenfeldzug möglichst verdeckt werden. Denn auf unsere Annäherung der dreifachen Unwahrheiten in dem sozialdemokratischen Flugblatt und in den Deparietein wird mit keinem Wort er-widert, nicht einmal der Versuch unternommen, die Vorhölzer'schen unwahren Behauptungen über den Erfolg der Rheinfelder Bewegung aufrecht zu erhalten oder zu verteidigen. In der Sache selbst muß mithin das eigne Bekandorgan den Bezirks-leiter Karl Vorhölzer fallen lassen.

Zunächst eine Frage, die in der bisherigen Po-lemik weniger erwähnt worden ist: Was ging der Streit in Rheinfelden eigentlich den sozialdemokra-tischen Metallarbeiter-Verband an? Er hatte kein einziges Mitglied an diesem Streit beteiligt, brauchte mithin auch keinen Pfennig Kosten dafür aufzubringen. Und dennoch diese an den Haaren herbeigezogene infernalische Hege. Sie kann nur der unüberwindbaren Verleumdungssucht der sozialdemo-kratischen Hezer entspringen sein, die jede Gele-genheit dazu benutzen, um die christlichen Organi-sationen herunterzureißen und zu verleumden und da-durch das Vertrauen der Arbeiterschaft zu erschüttern. Oder aber die sozialdemokratischen Depapostel haben mit teuflischer Berechnung dem Scharfmachertum Handlangerdienste leisten wollen und den verwerf-lichsten Arbeiterverrat dabei verübt. Eine andere Möglichkeit ist nicht vorhanden.

Direkt unwahr ist es, wenn Herr Karl Vor-hölzer in Nr. 45 der „Met.-Ztg.“ seinen vom Zaun gebrochenen Heßfeldzug damit entschuldigen und er-lären möchte, Engel hätte noch dem Kampf in Rheinfelden „über den Verrat der freien Gewerk-schaften gesprochen“, sonst — hätte er (Vorhölzer) sich mit Rheinfelden wenig befaßt. Diese Ausrede

ist nicht nur dumm, sondern direkt unwahr. Ueber freie Gewerkschaften war noch kein Wort gefallen als ein örtlicher sozialdemokratischer Führer beim Abschluß des Kampfes die Arbeiter zu verheizen und von der Wiederaufnahme der Arbeit abzuhalten suchte, sodaß er aus der Versammlung hinausge-bietet werden mußte. Abschüttelein konnte die sozialdem. Presse diesen Hezer nicht, sie suchte sich nur damit herauszureden, der habe dazu keinen Auftrag gehabt! Eine billige Entschuldigung, die bei jedem Verräterstreich ohne Mühe anzuwenden ist. Das, so-wie die übrigen stillen Wühlereien der Sozialisten hat Engel mit Recht abgewehrt und gebrandmarkt, sonst nichts. Das konnte der sozialdem. Bezirksleitung kein stichhaltiger Grund sein, diese wüste Hege vom Zaun zu brechen und dem Scharfmachertum beizu-springen. Das Gestammel Vorhölzer's, er habe in der Abwehr gehandelt, ist eine Verlegenheitsphrase, welche ihm jedenfalls die eigenen Genossen nicht glauben.

In der vorigen Nummer haben wir schon da-rauf hingewiesen, daß sich der unehrliche Kampf der Gegner nicht gegen einzelne Personen aus unserm Reihen, sondern gegen die gehässige christliche Or-ganisation als solche richtet. In ihrer letzten Nummer wird das von der sozialdem. „Met.-Ztg.“ offen be-stätigt, indem sie höhnisch schreibt:

„Der christliche Engel bleibt Bezirksleiter. . . Engel wird uns erhalten bleiben! Wir sind damit sehr zufrieden, denn Engel wird uns nun auch fernherin viel nützen, zweifel-los viel mehr als irgend ein anderer, der an seine Stelle gesetzt würde.“

Warum denn vorher das maßlose Hezen und wüste Geschrei gegen Engel? Heute sind sie sehr zufrieden, wenn er bleibt, gestern schrieen sie noch, er sei unmöglich, und müsse selbstverständlich „kaltgestellt“ werden! Eine feine „Moral“ und son-derbare Logik!

Die sozialdemokratische Doppelmoral.

Im behaupten sowie verdrehen und verrenken der Tatsachen ist die „Metallarbeiter-Zeitung“ in dem Artikel der letzten Nummer überhaupt großartig. Da heißt es z. B. u. a. auch wie folgt:

„Das christliche Verbandsorgan leistet sich bei seinem Wethwachungsversuch des Engel auch sonst noch ein Muster-beispiel „christlicher“ Kampfesweise. Weil die sozialdemo-kratische Presse über den Ausgang des Streits der Hüllsoid-arbeiter bei Wolff in Nürnberg genau so wahrheitsgemäß berichtete, wie über die christlichen „Erisolge“ in Bad-Rhein-felden, erstreift sich das Blatt, von einer Doppelmoral so-zialdemokratischer Blätter und Agitatoren zu reden.“

Wir glauben es dem sozialdemokratischen Blatt wohl, daß ihm der Vergleich zwischen den Bewegun-gen in Rheinfelden und Nürnberg sehr unbequem sein muß. Wer mit einigen gequälten Gliederver-renkungen kommt es darüber nicht hinweg. Wir hatten nicht die Berichterstattung über den Abschluß der Bewegungen, sondern das direkt ent-gegengesetzte Urteil der Sozialdemokraten über den Erfolg der beiden Bewegungen als Doppelmoral bezeichnet, und mit vollem Recht, wie wir nochmals nachweisen wollen. Wir brauchen nur nebeneinander zu stellen:

Erfolg von Rheinfelden:

„Eine frühere unfr-ere Steuer-ungszulage von 0 Pfg. pr. Tag ist garantiert und wird aus-geübt. Eine Lohnausbesserun- von 20 Pfg. täglich ist bewilligt und wird seit Ende September reip. Anfang Oktober ge-ahlt; außerdem gibt es jetzt für Son-ntagsarbeit 80 Pfg. Zuschlag. Sämtliche Streikenden wurden wieder einstellt; Wärgelun-gen haben bisher nicht statt-gefunden. Die während des Streits eingestellten Arbeits-willigen sind sofort entlassen und abgehoben worden. Ein Arbeiterauschluß ist erwidert, dessen Zwang inaktivieren schon stattgefunden hat.“

Erfolg von Nürnberg:

„Nur die Lohnreduktionen, die den Müßstand veranlaßten, ist mit einer Kommission der Arbeiter weiter verhandelt wor-den. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte am Montag. Die Streikenden werden sämtlich innerhalb der nächsten 4 Wochen einstellt. Künftige Differenzen sollen stets Verhandlungen mit den Organisationsvertretern vor-gehalten bleiben.“ (Nach dem sozial demokratischen „Worte von-benghi.“ der Generalkommissio-nr. 43).

Nun kommt das zweierlei Maß der sozial-demokratischen Agitation in dem Urteil über die Bewegungen handgreiflich zum Vorschein. Stellen wir auch diese Urteile nebeneinander.

Ueber Rheinfelden:

„Statt der Lohnreduktion — Abzüge. Statt der Wiederein-stellung — Entlassungen. Statt Bekämpfung des Kapitals — gemeine Beschimpfung der Arbeit-er. Statt besserer Verhältniss- — Verteuerung der Lebens-haltung.“ (Karl Vorhölzer in seinem Festzugsblatt.)

Ueber Nürnberg:

„Der Kampf der Streikenden war lang, schwer und opferreich, und der schöne Sieg, den sie nunmehr erreicht haben, ist wohl-verbient.“ („Vorwärts“ Nr. 260 vom 26. Oktober 1909).

Nun, verehrte „Metallarbeiter-Zeitung“ ist das keine Doppelmoral? Diese ist noch um so krasser, da in Rheinfelden tatsächlich viel mehr erreicht wurde, wie in Nürnberg, wie sich auf den ersten Blick aus obiger Nebeneinanderstellung ergibt. Das Ab-leugnen dieser verwerflichen Doppelmoral durch die „Met.-Ztg.“ ist wahrlich ein Musterbeispiel sozial-demokratischer Kampfesweise, was hiermit gehörig festgenagelt sei.

Wenn die sozialdemokratischen Blätter sich über Niederlagen in Gewerkschaftskämpfen hermachen und entrüsten wollen, haben sie im eigenen Lager fortwährend Gelegenheit dazu. S. B. augenblicklich wieder im Mansfelder Bergarbeiterstreit, der von sozialdemokratischer Seite allein geführt wird und Zeitungsmeldungen zufolge vollständig zusam-mengebrochen ist. Schon über 1300 Bergknappen haben ihren alten Wohnsitz verlassen und den Wanderstab ergreifen müssen, um sich anderswo eine Existenz zu suchen. Wir bedauern diesen Ausgang des harten Kampfes um der armen Arbeiter willen, die für ihr gutes Recht gegen ein brutales Unter-nehmen gekämpft, leider aber dem Scharfmacher-tum gegenüber den kürzeren gezogen haben. Ueber diese schon mehr einer Katastrophe ähnliche Nieder-lage schweigen die sozialdemokratischen Blätter, aber wehe, wenn dieser Kampf durch eine christliche Or-ganisation verloren worden wäre. Dann würde die ganze rote Preßmühle schon heute hezen und schreiben über „christliche Unfähigkeit, Arbeiterver-räter“ und wer weiß was sonst noch alles. So will es eben die sozialdemokratische Agitationsmoral.

Dieses zweierlei Maß wird von sozialdemokrati-scher Seite sowohl auf die Organisationsarbeit wie auf die Einzelpersonen unserer Bewegung angewandt. Schon in der vorigen Nummer haben wir diese doppelten Moralgrundsätze gekennzeichnet. Als dem Kollegen Engel der öffentliche Vorwurf der Un-wahrheit gemacht wurde, schrieb die gegnerische Presse laut auf vor moralischer Entrüstung; dieser Mann sei öffentlich gerichtet, habe seine Rolle ausgespielt, müsse — frei nach Karl Vorhölzer — kaltgestellt werden, obgleich der Vorwurf der wissentlichen Unwahrheit nicht erwiesen war und bis heute nicht erwiesen ist. Wir haben auch schon an Hand gericht-licher Feststellungen nachgewiesen, daß im sozialdemo-kratischen Lager Beamte nicht nur gehalten, sondern noch befördert wurden, die sogar durch Gerichts-erkenntnisse als im höchsten Grade unglaub-würdig bezeichnet wurden, denen sogar Teufel-sleien und Arbeiterverrat gerichtlich bestätigt sind.

Und wie viele dieser Art von Teuten spielen heute in der sozialdemokratischen Bewegung eine führende Rolle, die selbst von eigenen Parteigenossen so gra-bierend gebrandmarkt wurden, daß sie nach dem von den Sozialisten an der christlichen Bewegung angelegten Maßstab öffentlich gerichtet und unmöglich sein mußten. Von dieser Sorte sozialdemokratischer Führer gibt es eine ganze Anzahl. Greifen wir zu nächst, um direkt bei der Sache zu bleiben, den Haupthezer und lautesten Schreier im Kampf um Rheinfelden, Herrn Karl Vorhölzer aus Stutt-gart, einmal heraus. Wie wenig gerade dieser Mann dazu qualifiziert ist, den Moral- und Sitten-maßstab zu mißeln, und anderen Teuten mangelnde Wahrheitsliebe vorzuwerfen, das haben ihm schon

wiederholt eigene Gefinnungsgeossen zu Gemüte geföhrt. Und nun wollen wir als Abwehr auf seine maßlosen Schmähungen

eine nackte Zeichnung Vorhölzer's

nach dem Urteil seiner eigenen Genossen zum besten geben, die zwar den Gezeichneten selbst kaum bessern, wohl aber der Deffentlichkeit zeigen wird, mit welchem Charakter man es hier zu tun hat.

Es sei geradezu traurig, Verleumdungen so schwerer Natur, ohne nur den geringsten Beweis zu erbringen, in die Welt hinauszuposaunen. Mit derartigen Leuten müsse in der Arbeiterbewegung aufgeräumt werden.

In Nr. 21 der „Schm.-Btg.“ wird dem Genossen Vorhölzer nochmals „Verdächtigungen“ und „Krummbiegung der Wahrheit“ vorgeworfen, erklärend aber hinzugefügt, „man muß A. Vorhölzer mildernde Umstände zubilligen, schon aus Menschlichkeitsrücksichten.“

Trotzdem kam man sich ruhig der kleinen Mühe unterziehen und befragte sich bei den Mitgliedern des M.-A.-B., man befrage sich in den früheren Wirkungskreisen Vorhölzer's in München, Hannover, Karlsruhe usw. und man wird von den eigenen Mitgliedern Vorhölzer's genau Bescheid erhalten, daß auch sie unter dem Namen Vorhölzer's zu Klagen haben.

Schmiedezeitung Nr. 24, Jahrgang 1909: „Denn ein Mensch, der sich in einer Versammlung von Arroganziertern hinstellt und das Blau vom Himmel herunterläßt, ohne die geringste Spur von Scham zu zeigen, erklärt: Laßt Euch nicht auf den Schwanz des Schmiedeverbandes ein, wir (M.-A.-B.) können es nicht verantworten daß Ihr ein solcher Gesellschaft beitrete.“

Auch unter der Karlsruher Arbeitererschaft, wohlverstanden unter der Karlsruher organisierten Arbeiterschaft, wird Vorhölzer ein bleibendes Andenken bewahrt, nur kein ehrenbeis. Mit Ekel und Abscheu erinnert man sich der Zeit von 1905 ab, wo in Karlsruhe der Bruderkrieg systematisch geschürt wurde, nicht zwischen M.-A.-B. und Schmiedeverband, sondern zwischen der gesamten Karlsruher Arbeitererschaft und dem Vorhölzer'schen Anhang.

Wäre bei Vorhölzer nicht alle Scham zu den Hunden gelohen, dann müßte er sich solcher Gemeinheiten gar nicht bedienen. Aber weil es so ist und weil wir wissen, daß das Leiden Vorhölzer's in dieser Beziehung fast chronisch geworden ist, wird mit einer Radikalität helfen können und dazu werden sich schon praktische Chirurgen finden.“

Schmiedezeitung Nr. 28, Jahrgang 1909: „Wohl der weitaus größte Teil unserer Mitglieder verurteilt diesen Streit; es ist aber anzuerkennen, daß es für uns eine Ehrensache ist, als der fast immer angegriffene Teil, derartige Beschuldigungen, wie der Genosse Vorhölzer als Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes sie gegen uns erhebt, einmütig von uns abzuwehren.“

ben, was aber den Genossen Vorhölzer, der gleich uns eine Weltanschauung vertritt, in welcher die Brüderlichkeit wohl nicht die geringste Rolle spielt, nicht abhält, den Kollegen Mittel in gemeiner Weise anzupöbeln.

Das mag als nackte Zeichnung des Bezirksleiters Karl Vorhölzer vorläufig genügen. Sie stammt, wie gesagt, nicht von einem gegnerischen, sondern von einem freien Gewerkschaftsblatt, also von eigenen Gefinnungsgeossen des Gezeichneten.

Das mag als nackte Zeichnung des Bezirksleiters Karl Vorhölzer vorläufig genügen. Sie stammt, wie gesagt, nicht von einem gegnerischen, sondern von einem freien Gewerkschaftsblatt, also von eigenen Gefinnungsgeossen des Gezeichneten. Hier werden dem Herren Karl Vorhölzer u. a. „Verleumdungen“, „Verdächtigungen“, „Verleumdungen schwerer Natur“, „Krummbiegung der Wahrheit“, bewußte Unwahrheit“ u. nachgesagt, und das alles hat der Mann bis heute ruhig auf sich sitzen lassen.

Lüge wie sie schlan sich hüte, Dußt am Ende stets das Wein: Damit du wahr nicht sein aus Güte, Denn aus Klugheit wahr zu sein.

Das hätte Karl Vorhölzer bei der Rheinfelder Bewegung beachten sollen; er hätte nicht nur den Arbeiterinteressen sondern auch sich selbst damit besser gedient, wie mit seinem vom Baum gebrochenen Gehfeldzug, durch den er sich selbst in den Augen aller anständigen Menschen gerichtet hat.

Neulich wie Karl Vorhölzer sind aber auch schon andere sozialdemokratische Führer von eigenen Gefinnungsgeossen naturgeizren gezeichnet worden, ohne daß sie kalgestellt wurden. Der vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband als parlamentarischer Vorkämpfer reklamierte Genosse Otto Hue wurde einst von einem Parteigenossen im sozialdemokratischen „Wackruf“ Nr. 167, Jahrgang 1902 in einem längeren Artikel u. a. wie folgt beurteilt:

„Jede Geistesverfassung ist ihm geküßigt, von der ruhigsten Sachlichkeit bis zur größten Erregung und wenn es not tut, ist ihm auch Sentimentalität geküßigt. Hat er seinen Zweck erfüllt, dann fällt er in schwachen Stunden nicht selten aus der Rolle und erzählt höhnischelnd, welcher Trick ihm den Erfolg verschafft.“

Wenn Medakteur Hue als Kronzeugen den Genossen A. d. St. anruft, so sei hier nur bemerkt, daß derselbe Hue sich in bezug auf diesen äußert: Ich liebe den Verräter aber den Verräter hasse ich. Ob ein solches Urteil angebracht ist über A. d. St., lassen wir dahingestellt, es beweist nur wieder einmal, daß Medakteur Hue absolut nicht wählwürdig ist in der Wahl der Mittel, wenn diese nur seinen Zwecken dienen. Tatsachen beweisen. . . .

Wir haben nie eine Person im Partei- oder Gewerkschaftsleben kennen gelernt, welche mehr Feigheit vor der öffentlichen Verantwortung ihrer Zettlungen an den Tag legte, als Medakteur Hue. Dieser Mann, der schon in unzählige Streitigkeiten mit leitenden Genossen verwickelt war, vertritt sich früher stets hinter die Gesener Genossen. Unzählige Sitzungen waren notwendig, um Hue's Ehre zu reparieren. Heute ist es nicht mehr möglich, die Gesener Genossen als Vorspann zu nehmen, heute vertritt sich der große Geist hinter 40 000 Bergarbeiter und zerrt den Verbandsvorstand in seine Anzettelungen hinein.

Die Spuren Hues sind gezeichnet durch persönlichen Zank. Wer aber wagt zu behaupten, Hue sei schuld an dem persönlichen Zank und Stau, der wird durch den selben Hue belehrt, daß er den Bergarbeiterverband angegriffen habe. Wenn Hue wegen seines Verhaltens angezapft wird, dann vernimmt man Gewinmer: Höpfe Menschen, die nicht einmal Bergarbeiter sind, maßten sich an, in die Angelegenheiten der Bergarbeiter hineinzureiben. Wir denken nichts ist gequälter, den Medakteur Hue in seinem ganzen Verantwortlichkeitsgefühl erlangen zu lassen und die Kräfte zu zeigen, die diesen Mann bewegen. Unser Urteil beruht auf circa zehnjährigen Erfahrungen im Umgang mit diesem Mann. Gewiß wird man jetzt wieder schreien über Ungründlichkeit der Art gegen „mich“ Hue, den verdienstvollen Mann. Nach all dem Vorgesagtem hielten wir es für notwendig Hue einmal „nackt“ zu zeichnen.“

Damals ist es niemandem im sozialdemokratischen Lager eingefallen, die Kaltstellung des vielseitig veranlagten Genossen Hue zu verlangen, er ist bis heute einer der einflussreichsten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, der auch mit Vorliebe vom deutschen Metallarbeiterverband als parlamentarischer Renommierpferd ins Feld geführt wird. Wir registrieren diese Tatsache nur als neuen Beweis dafür, daß man im sozialdemokratischen Lager durchaus nicht so moralisch empfindlich ist, wenn es sich um eigene Genossen handelt.

Aus der ganzen Kampfgeschichte um Rheinfelder haben die christlichen Arbeiter ein paar bedeutende Lehren zu ziehen. Vor allem die, daß sich weite Kreise der christlichen Arbeiterschaft noch viel mehr frei machen müssen von dem Einfluß der sozialdemokratischen Phrasen und Gehartheit. Gar mancher gutmütige christliche Arbeiter läßt sich durch das verlogene wüste Geschrei der Gegner noch zu sehr einschüchtern und beeinflussen. Das benutzen die schlaue berechnenden Hezer nach dem ihnen geküßigten Motto: Bitte nur frech drauf los, etwas bleibt doch hängen.

Ferner zeigt der Kampf, daß die Gegner systematisch darauf ausgehen, die Führer unserer Bewegung zu verunglimpfen und sie im Vertrauen der Arbeiter herabzusetzen. Treffen will man damit aber die Bewegung selbst, wie sich im Fall Engel wieder drastisch gezeigt hat; was oben an Hand der „Met.-Btg.“ nachgewiesen ist. Dieser rüde Ansturm der Gegner gegen die einzelnen Führer unserer Bewegung muß von letzten christlichen Arbeitern

Studentische Arbeiterbildungsschulen.

Das „Sekretariat sozialer Studentenarbeit“ (M. Gladbach) bittet uns um Aufnahme des folgenden Artikels:

In unserer Zeit, wo man alles nach Zahlen und Massen berechnet, und wenn irgend möglich, in Geldwert umsetzt, wird die Tatsache, daß im verfloffenen Sommersemester (im Wintersemester 1908-09 waren es noch mehr) 500 Studenten 5000 Arbeiter und in den verfloffenen Herbstferien schon etwa 70 Studenten 900 Arbeiter in Elementar- und Fortbildungsfächern unterrichtet haben, daß die hierzu bestimmten Arbeiterkurse sowohl in der Studienzeit in den Univeritätsstädten, als auch in den Ferien daheim, in rascher Entwicklung stehen, nicht hoch angeschlagen werden. Und doch ist es eine bedeutsame Erscheinung; es ist ein Korn, aus dem ein ganz Deutschland überwachsender Baum emporwachsen soll; ein erster Schritt zur Massenverböhnung; zur einheitlichen Volkskultur.

Die Erweiterung der Kenntnisse, die auch nicht zu unterschätzen ist, kommt dabei nicht in erster Linie in Betracht; die könnte jede beliebige Fortbildungsschule vermitteln. Was der akademischen Jugend als Ideal voranschwebt, ist das Knüpfen persönlicher Beziehungen, die Ausgleichung der schroffen Klassengegenätze, die Kameradschaft mit den vom Schicksal weniger begünstigten Jugendgenossen. Es gibt kein schöneres Vergnügen als das der Freundschaft zwischen Menschen, die gar nicht mehr danach fragen, wo's Standes und Ranges sie sind; da ist keine Rede mehr von Nehmen und Geben, nur noch von Berichten. Die Studenten sind

auf der Suche nach ihren Brüdern, sie fühlen sich beunruhigt in ihrem geistigen Ueberfluß, wie ein Erbe, der in einem herrlichen Palaste wohnt und wüßte, daß seine Brüder draußen irren und darben.

Nicht alle Studenten; o nein; das wäre Ueberreibung. Aber viele. Es sind auch nicht alle Arbeiter bereit, auf die Stimme der Suchenden zu antworten; nicht alle sehnen sich nach Verschönerung. Wohl, die besten der Arbeiter mögen mit dem besten der Studenten Freundschaft schließen von beiden Seiten mögen offene Augen machen, daß keine niederen Motive, Klasseninteressen, müßige Neugierde sich einschleichen und das so schön begonnene Werk schädigen.

An 23 Hochschulen existieren bereits „Studentische Semestralkurse“, in 11 Heimatsorten diesen ähnliche „Heimatliche Arbeiterkurse“. Die Fächer umfassen das gesamte Gebiet des Elementarunterrichts und greifen bis und da in die Sphäre des Fortbildungsschulunterrichts hinein. Damit ist schon gesagt, daß die behandelten Stoffe durchaus neutral sind und daß eine politische und religiöse Stellungnahme unterbleibt. Es ziemt Studenten nicht; derartige wichtige Fragen, zu deren Behandlung gereifte Männer allein kompetent sind, zu traktieren.

Bezüglich des Publikums hat man je nach Verhältnissen entweder die ganz allgemeine Form einer öffentlichen Einrichtung, zu welcher jedweder Zutritt hat, oder die weniger umfassende Form einer Angliederung an bestimmte Volks- und Arbeitergruppen gewählt. Beide Formen sind wertvoll. Bei Einrichtung der Kurse in der ersten Form ist erfahrungsgemäß die Gewinnde gern bereit ge-

wesen, Unterrichtsraum, Heizung, und Licht zur Verfügung zu stellen. Bessere Form wird vielfach von Gewerkschaften und Vereinsgruppen gewünscht, die ihrerseits gerne in jeder Weise die so mögliche, intensive Schulung ihrer Mitglieder und die so zu gewinnende Föhlung mit der Studentenschaft fördern.

Zwei große Verbände, die sich der Sache der Volksbildung widmen, haben die genannten Kurse zusammengefaßt: Der ältere im Jahre 1901 vom Ingenieur Wagner in Charlottenburg gegründete „Verband akademischer Arbeiterunterrichtskurse Deutschlands“ und ein neuerer, der „Westdeutsche Verband heimatischer Arbeiterkurse“. Der erstere hat seinen Sitz in Berlin N 24, Esfäherstraße 23, der letztere in Düsseldorf (phil. Christ. Verrenrath) Charlottenstr. 81. Letzterer beschränkt sich auf „heimatische Arbeiterkurse“, also auf die Ferien; ersterer umfaßt „semestralkurse“ und „heimatische“. Von beiden nimmt nur der Düsseldorf'er Verband als gleichberechtigt auch Kurse auf, die sich an bestimmte Gruppen, z. B. Gewerkschaften anlehnen. Interkonfessionell sind beide.

Neben dieser Arbeiterkursbewegung steht erfreulicherweise auch sonstige soziale Rührigkeit der Studentenschaft, die wir mit Freuden konstatieren können. Die Studenten nehmen stärkeren Anteil am Leben der sozialen Standesvereine. Wir denken an Arbeitervereine, Gesellenvereine, Junglingsvereine, Gewerkschaften, Meistervereine usw. Sie helfen beim Ausleihen und Ordnen der Bibliotheken, halten Lesende für junge Leute ab; in den Turnvereinen übernehmen sie eine Turnabteilung, turnen mit und machen Spaziergänge mit einer Gruppe

durchsicht und durch desto festeres Zusammenhalten paralysiert werden.

Die dritte Lehre aus dem Rheinfelder Streit ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit, größere Massen zu sammeln, um allen Stürmen mit Nachdruck entgegen treten zu können.

Christliche Gewerkschaften und Parteipolitik.

Von A. Stegerwald (Köln.)

In den letzten Monaten ist über den Charakter der christlichen Gewerkschaften in Versammlungen und in der Tagespresse viel Ungutreffendes geredet und geschrieben worden.

So hatte die liberale Neunkirchner Volksztg. (Nr. 243), als in einer Mühlheimer Zentrumversammlung neben Herrn Abgeordneten de Witt Gewerkschaftssekretär Bredemann redete, daran folgendes anzusehen: „Die politische Anschauung des Privatmannes Bredemann geht natürlich keinen Menschen etwas an; der Gewerkschaftssekretär Bredemann aber, d. h. ein angestellter Beamter der politisch sivena neutralen christlichen Gewerkschaften, hat . . . nicht zum Festhalten an der Zentrumspartei aufzufordern, („in einer Gewerkschaftsversammlung“; hätte das Blatt beifügen müssen, um das Richtige zu treffen. D. B.)

Gegenüber dieser geradezu ungeheuerlichen Zumutung sei zunächst festgestellt, daß die Angestellten der christlichen Gewerkschaften es grundsätzlich ablehnen, sich zum

Staatsbürger zweiter Klasse

degradieren zu lassen. Was jedem volljährigen Deutschen erlaubt ist, nämlich: in politischen Versammlungen über Vorgänge innerhalb des Staatswesens seine Meinung auszusprechen, das kann nie und nimmer Angestellten von christlichen Gewerkschaften verboten werden.

Jugendlicher. Sie wohnen zeitweise mit den Gesellen in den Gesellenhäusern, teilen deren Beschäftigungen, und halten ihnen wissenschaftliche Vorträge. Auch in den Theaterabteilungen der volkstümlichen Vereine sind sie befüßlich.

Was als besonders wirksam bei all diesen Veranstaltungen bezeichnet werden kann, ist die Zusammenarbeit der studentischen Jugend mit den jugendlichen Arbeitern.

Wo junge Leute zusammenkommen, welches Standes sie auch seien, um gemeinschaftlich zu arbeiten, und sich zu vergnügen, da werden sie schnell zu Freunden und fördern einander. Jugendbeindrücke, Jugendfreundschaften sind die schönsten, die dauerhaftesten. Wir müssen und wollen erreichen, daß Studenten und Arbeiter einander kennen und achten lernen, sich gegenseitig fördern und ihre Freundschaft durch's ganze Leben bewahren.

Die Gewerkschaften könnten hierzu helfen; sie könnten jede Form des Kontaktes und des Verkehrs zwischen Arbeitern und Studenten fördern; es nütze vor allem mithelfen; das studentische Arbeiterbildungsweisen auszubauen. Machen wir einen Stoß in Größe und beginnen einen Feldzug zur Einrichtung studentischer Arbeiterbildungsschulen in den Industriebezirken. Die Osterferien 1910 bieten eine äußerst günstige Gelegenheit dazu.

außerhalb der Gewerkschaftsbewegung in den politischen Kampf zwischen bürgerlichen Parteien eingreifen, sich der größtmöglichen Mäßigung befleißigen sollen. Die Mehrzahl der christlichen Gewerkschaftsführer ist auch stets noch diesen Grundfäden verfahren; manche von ihnen haben, weil sie an besonders exponierter Stelle stehen, selbst Ehrenämter, die ihnen angetragen wurden, aus obigen Rücksichten abgelehnt.

In den letzten Jahren war unter den politischen Parteien, die man gemeinhin als die bürgerlichen zu bezeichnen pflegt, eine Spannung, Entfremdung und teilweise Erbitterung zu beobachten, wie sie in Deutschland seit längerer Zeit nicht mehr gekannt wurde. Die Ursachen sind bekannt. Da die christlichen Gewerkschaften aus Anhängern der verschiedensten politischen Parteien sich rekrutieren, und ihre Mitglieder nicht bloß Arbeiter, sondern auch Staatsbürger darstellen; so ist es verständlich und nahe liegend, daß, insbesondere bei wichtigeren und umstrittenen Fragen, möglichst jede Partei von den christlichen Gewerkschaften ein Verhalten wünscht, das ihren Parteibestrebungen zuzagt.

Die älteren deutschen Gewerkschaftsgruppen — die sozialdemokratischen und auch die Christ-Dun-forscher-Bewegungen — waren von vornherein mit politischen Parteiströmungen verwachsen und haben sich daher auch ein

breiteres Aufgabengebiet

gesteckt, als es berufswirtschaftlichen Standesorganisationen eigentlich zusteht. Einer sozialdemokratischen Gewerkschaftsgruppe entstehen dadurch keinerlei Schwierigkeiten. Sie fußt auf den Theorien der politischen Sozialdemokratie, die die geistigen Strömungen und sittlichen Kräfte innerhalb eines Volkskörpers in extremen Klassenkampfgrundsätze hineinzupressen sucht. Eine Gewerkschaftsgruppe, die die sozialdemokratischen Parteigrundsätze für verfehlt und verkehrt hält, hat auf die im deutschen Volke vorhandenen und vielfach offerierenden geistigen und politischen Strömungen Rücksicht zu nehmen, hat sich mit ihnen als Tatsache abzufinden. Insbesondere ist dieses notwendig in Deutschland, weil hier, infolge der konfessionellen Gespaltenheit des deutschen Volkes — Deutschland zählt neben 39 1/2 Millionen Protestanten 23 1/2 Millionen Katholiken: ein gegenseitiges Verhältnis, wie es in keinem anderen größeren Staatsgebilde anzutreffen ist — die geistigen Strömungen auf das öffentliche Leben in viel stärkerem Maße zurückwirken als das sonstwo der Fall ist.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß damit nicht alle Arbeiterinteressen befriedigt sind; der Rest muß aber an anderer Stelle, mittels anderer Institutionen zur Geltung gebracht werden. Tatsache bleibt aber, daß das Aufgabengebiet, das sich die christlichen Gewerkschaften gesteckt, die für die Gegenwart dringendsten und wichtigsten Bedürfnisse der Arbeiterklasse vorstellt. Ohne Beschränkung auf das gekennzeichnete Aufgabengebiet ist in Deutschland die Sammlung und dauernde Entfaltung einer gewerkschaftlichen Arbeitermassengruppe eine bare Unmöglichkeit; eine Erweiterung dieses Aufgabengebietes würde unausbleiblich zu politischen und sonstigen Zerwürfnissen führen — die Vorgänge im Flottenverein und in den Kriegervereinen sind dafür sprechende Beispiele — mit der Folge, daß sich die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft in vielerlei schwache gewerkschaftliche Gruppen spalten müßte; die auf die Dauer der Reihe nach alle von der starken und geschlossenen sozialdemokratischen Gruppe an die Wand gedrückt würden. Durch die christlichen Gewerkschaften wollen für die Arbeiter eine solche Interessensvertretung darstellen, wie es die Innungen und Arbeitgeberverbände für die Unternehmer sind. Als das werden aber die christlichen Gewerkschaften in Deutschland heute in weiten politischen und teilweise selbst wissenschaftlichen Kreisen noch nicht angesehen; was wieder deutlich bei dem

Streit über die Reichsfinanzreform

in die Erscheinung tritt. Daß die Organisationen der Unternehmer zur Reichsfinanzreform hätten Stellung nehmen sollen, wurde von keiner ernsthaften größeren Tageszeitung gefordert; von den christlichen Gewerkschaften dagegen sagte die Frankfurter Zeitung (Nr. 235 Abendblatt):

„Man ist das Neutralitätsprinzip für die Gewerkschaften auch nach unserer Meinung durchaus richtig, aber seine Anwendung auf die Finanzreform scheint uns völlig verfehlt zu sein. . . Denn die Finanzreform war keineswegs eine rein politische, (Wassermann prägte im Reichstage das Wort, daß mit ihr Weltanschauungsfragen verknüpft seien. D. B.) sie war vielmehr zugleich in hervorragendem Maße eine wirtschafts- und sozialpolitische Frage, die die Interessen der Arbeiter sehr wohl berührte. . . Die Arbeiter können darauf (daß die christlichen Gewerkschaften in Fragen, wie die Reichsfinanzreform, ihren Mitgliedern, die Abgeordneten sind, keine Direktive geben können. D. B.) mit Recht erwidern, daß ihre Führer sich in der Frage der Finanzreform unter keinen Umständen hinter das Neutralitätsprinzip verschlagen dürfen, nicht nur, weil dieses Prinzip die Haltung der Abgeordneten in der Finanzfrage sachlich gar nicht deckt, sondern vor allem auch deshalb, weil die christlichen Arbeitervertreter ja gerade während der Finanzaktion sich gegenüber den politischen Parteien in ein Maß von Unabhängigkeit begeben haben, wie es mit dem Neutralitätsprinzip nicht vereinbar ist. Und damit kommt man auf den Kern der Sache. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die Arbeiterabgeordneten des Zentrums Anhänger der Erbschaftsteuer auf Kinder und Gatten waren und daß sie nachher trotzdem gegen diese Besteuerung gestimmt haben, weil die parteipolitischen Gesichtspunkte des Zentrums ihnen wichtiger waren als alle finanz- und sozialpolitischen Gründe.“

Demgegenüber muß der Frankfurter Zeitung zunächst gesagt werden, daß nicht die christlichen Gewerkschaften, sondern die Wahlkreise Essen, Borsfen-Reddinghausen, Hamm-Soest, Arnsberg-Dipe-Meschede und Cham, die den christlichen Gewerkschaften und der Zentrumspartei angehörenden Abgeordneten nach Berlin entsandt haben. Dann sagt die Frankfurter Zeitung deutlich, worauf es ankommt: Die Erbschaftsteuer ist für sie der „Kern der Sache“. Daß christliche Arbeiterabgeordnete für indirekte Massenverbrauchssteuern gestimmt haben — was ihnen die Sozialdemokratie hauptsächlich ankreidet —, findet die Frankfurter Zeitung, weil ihre politischen Freunde es eventuell ebenfalls getan hätten, ebenso in der Ordnung, wie sie nichts daran auszufehen hatte, als 1908 der Abg. Behrens gemeinschaftlich mit den Linksliberalen dem Sprachenparagrafen des Reichsvertragsgesetzes zustimmte, der „keineswegs eine rein politische“, sondern in „hervorragendem Maße“ eine den Lebensnerv der Arbeiterbewegung berührende Frage; ein Stück des Koalitionsrechtes war.

Dem Abgeordneten Behrens soll hieraus kein Vorwurf gemacht werden; er stimmte, als er den fraglichen Paragraphen nicht verhindern konnte; ihm in der zweiten Lesung aus taktischen Gründen zu; um eine für die Gewerkschaften möglichst günstige Regierungserklärung zu provozieren. Daß bei einer Steuerlast von 5000 Millionen eine Schanfallsteuer mit rund 50 Millionen für die Arbeiterschaft von geringerer Bedeutung ist, als eine Beschneidung des Koalitionsrechtes, wird die Frankf. Ztg. kaum bestreiten wollen. Zudem ist die Wahl zwischen einer wenig ertragreichen Erbanfallsteuer und einer extragreicheren Wertzuwachs-, Börsen-, Latonsteuer usw. durchaus keine Prinzipienfrage. Und selbst wenn eine Prinzipienfrage vorläge, so hätte die christliche Gewerkschaftsbewegung kein Recht, ihre Mitglieder, für Prinzipien zu verpflichten, die nicht in ihren

Gewerkschaftsgrundfäden

Begründer liegen. Selbstverständlich hat die christl. Arbeiterschaft den dringenden Wunsch, daß zu den Staatsbedürfnissen die bestehenden Klassen, entsprechend ihrer stärkeren Leistungsfähigkeit gegenüber den Arbeitern, in stärkerem Maße herangezogen werden. Damit ist aber noch nicht erwiesen, ob bei unsympathischen Steuern, die man nicht verhindern kann, ein konstantes Dagegenstimmen immer der Weisheit und Tapferkeit besserer Teil ist. Gegenüber den zitierten Bemerkungen der Frankf. Ztg. und jener der Köln. Ztg. (Nr. 769), worin ausgeführt wurde, daß „das Mittelrauen weiter evangelischer Arbeiterkreise“ gegen die christlichen Gewerkschaften sehr groß sei, namentlich wegen der politischen Haltung der Zentrumsabgeordneten, die Mitglieder und Führer der christlichen Gewerkschaften sind“ und die „mit dem Zentrum und den Konfessionen . . . die neuen Steuergesetze geschaffen haben“, führte ich in meiner Nachener Rede folgendes aus:

„Die bürgerlichen Parteien haben sich in dieser Frage gegenseitig nicht das mindeste vorzuwerfen. An der Steuer-gestaltung waren alle bürgerlichen Parteien beteiligt, und die Tatsache kann nicht aus der Welt diskutiert werden, daß die Parteien, die anfänglich die Steuern machen wollten, was deren soziale Seite anbelangt — und darauf kommt es uns Arbeitern doch hauptsächlich an — das Steuerbüßten von dreierlei Wesen, nämlich von niedrigerer serviert hätten, als die Parteien, die sich bei der endgültigen Verabschiedung zusammenfanden. Wenn also auch liberale und freisinnige Zeitungen gegen die christlichen Arbeiterabgeordneten losziehen, so macht dies keinen Eindruck.“

Diese Worte haben der Kölnischen Zeitung nicht gefallen; in Nr. 1103 sagt sie:

„Während der Redner vorher erklärt hatte, daß das parteipolitische Gebot, abgesehen von der Sozialdemokratie, aus den Erörterungen möglichst ausgeschaltet bleiben sollte, stellte er trotzdem die Klänge, durch keine Beweise belegte Behauptung auf, daß die Parteien, die anfänglich die Steuern machen wollten, was deren soziale Seite angeht, das Steuererlöse den breiten Massen nicht wohlwollender serviert hätten als die Parteien, die sich bei der endgültigen Verabschiedung zusammenschanden. Aber kein Wort fiel darüber, wer diese mit dem Zentrum sich wohl zufällig zusammenschließenden Parteien waren, und mit welcher Ueberhaftung die neuen Steuern beschlossen worden sind, ohne die liberalen Parteien überhaupt noch eines Wortes zu würdigen. . . .
Neben die große Frage, wie Stegewart selbst mit Recht betont, ob die Steuerverteilung bei der letzten Reichsfinanzreform eine gerechte sei, hatte man nun in der Arbeiterversammlung eine wenigstens einigermaßen auf die Sache selbst eingehende Antwort erwarten sollen, statt deren nur die Worte: „Darüber kann man sehr gut geteilter Ansicht sein.“ Sehr schüchtern oder so nebenbei hatte allerdings Stegewart bemerkt, daß einzelne der neuen Steuern nach der sozialen Seite manches zu wünschen übrig lassen. Jetzt wagt er nicht mehr, kräftigere Worte wie früher über die durch das Zentrum gebrachten unsozialen Steuern zu sprechen, er muß mit seinen Kollegen Schiffer, Wiedeberg, Schürmer, Beder, die gegen die Tabak-, Kaffee- und Zündholzsteuer gestimmt haben und Behrens, der gegen die gleichen und für die Erbschaftsteuer gestimmt hat, auf Parteibefehl anders reden; die Herren müssen auf Befehl des Zentrums verbrennen, was sie früher verehrt haben.“

Diese wenigen Zeilen enthalten sehr viel Schiefes. So wollte ich beispielshalber nicht, wer mir Parteibefehle erteilen könnte. Ich bin jedenfalls gegenüber der Zentrumsparthei in der denkbar unabhänglichsten Lage. Das darf mir die königliche Zeitung sicher glauben. Dann gehöre ich bekanntlich nicht dem Reichstage an, so daß ich über die Frage, warum man die neuen Steuern beschloß, „ohne die liberalen Parteien überhaupt noch eines Wortes zu würdigen“, eine Antwort gar nicht geben konnte. Endlich wird doch auch der Köln. Ztg. bekannt gegeben, daß der Herr Abgeordnete Dajermann am 25. Juni im Reichstage erklärte: „Wir die nationalliberale Reichstagsfraktion, stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wir bereit sind, 400 Millionen indirekte Steuern, darunter 250 aus Branntwein, Bier und Tabak, zu bewilligen. Nach dieser Sachlage waren, von weiteren Einzelheiten ganz abgesehen, meine von der Köln. Ztg. beanstandeten Bemerkungen wohl begründet. Im übrigen konnte es in Aachen, in einer christlichen Gewerkschaftsversammlung, gar nicht meine Aufgabe sein, mich mit den politischen Seiten der Reichsfinanzreform ausführlicher zu beschäftigen. Ueber die gegenwärtige Aufregung der bürgerlichen Parteien in der schwebenden Frage verlor ich in meiner fünfviertelstündigen Aachener Rede keine drei Minuten. Und selbst diese wenigen Worte richteten sich lediglich gegen die beiden angezogenen Zeitungsstimmen. Und

ungerechtfertigte Angriffe

gegen die christl. Gewerkschaften werden diese stets, ganz gleich, von welcher Seite sie kommen mögen, trotz aller parteipolitischen Neutralität zurückgewiesen.

Als 1907, anlässlich des Berliner christlich-nationalen Arbeiterkongresses, einige Zentrumsblätter die Entsendung einer Deputation zum Reichstanzler Fürsten Bülow kritisierten, schrieb das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften: „Die christlich-nationalen Arbeiter haben keine Veranlassung, sich mit der Regierung und ihrem ersten verantwortlichen Beamten quer zu stellen. Die Art, wie ein Teil der bürgerlichen Tagespresse diesen Akt der Höflichkeit politisch auszunutzen versucht, muß deshalb entschieden zurückgewiesen werden. Die christlich-nationalen Arbeiter werden sich in der Verfolgung ihrer Ziele nicht von dem Umstand beeinflussen lassen, daß diese oder jene einflussreiche Partei mit der allgemeinen Politik des Reichstanzlers nicht einverstanden ist.“ Als bei der Verabschiedung des Reichsvereinsgesetzes einige Zentrumsblätter des Ruhrreviers die Entfernung Behrens aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung forderten, wies das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften die Art, „wie man der christl. Gewerkschaftsbewegung gewissermaßen Direktiven geben wollte, ob Behrens noch ferner im christl. Gewerkschaftslager bleiben kann oder nicht,“ auf das entschiedenste zurück. Die gleiche Behandlung müssen sich schließlich die Organe aller politischen Parteien gefallen lassen, die, in Verkennung des Charakter der christlichen Gewerkschaften, diesen bei den verschiedenen politischen Aktionen, die außerhalb des Rahmens der christlichen Gewerkschaftsbewegungen liegen, Schwierigkeiten zu machen suchen.

Im übrigen sollten auch führende bürgerliche Parteizeitungen, die mit der verabschiedeten Reichsfinanzreform unzufrieden sind, von christlichen Arbeiterführern keine Vorheiten verlangen. Schließlich stehen dann noch unserm Vaterlande neben der nun einmal verabschiedeten Reichsfinanzreform auch noch andere Aufgaben bevor, an denen, weil die doktrinaire politische Sozialdemokratie gegenüber den Bedürfnissen des Gegenwartstaates herab, die Mitwirkung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterwelt gehoben und rascher erreicht. Mit einem unausgelebten nachträglichen Käseintereim über die Reichsfinanzreform, an der gegenwärtig doch nichts mehr zu ändern ist, würde bei dem national gestimmten

better hinsichtlich ihrer Mitarbeit in den bürgerlichen Parteien allgemein erreicht. Das haben doch die politischen Vorgänge der jüngsten Zeit zur Genüge bewiesen.

Die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft bedarf ebenfalls, neben ihrer gewerkschaftlichen Arbeit, eines sie befriedigenden politischen Tätigkeitsgebietes.

Und wird ihr dieses selbst von bürgerlicher Seite verweigert, so ist lediglich die politische Sozialdemokratie der lachende Dritte. Und der Arbeiter müßte ein sonderbarer Mann sein, der sich politisch zur Sozialdemokratie bekennen und etwa gewerkschaftlich in einer christlich-nationalen Landesorganisation seine Interessenvertretung suchen würde. Ist den bürgerlichen Parteien unter der Arbeiterwelt der Resonanzboden entzogen, dann fehlt die Voraussetzung für jede nichtsozialdemokratische Arbeiterbewegung. Die christlichen Arbeiterführer, die der übertriebenen und unbefriedigend wahrheitswidrigen sozialdemokratischen Agitation in Sachen der Reichsfinanzreform in Versammlungen durch sachliches Material entgegentreten, sind also nicht kurzerhand mit „Zentrumsrechte“ abzutun, sondern sie handeln dabei in der Ueberzeugung, sowohl ihren eigenen Klassengewissen wie auch ihrem Vaterlande einen Dienst zu erweisen. Denn daß mit den von der Sozialdemokratie vertretenen Grundfällen in der Gegenwart und für absehbare Zeit weder ein vorwärtsstrebendes Gemeinwesen noch ein schrittweises, solides und dauerndes Aufsteigen der Arbeiterklasse möglich ist, muß allen Einsichtigen mit jedem Tage klarer werden.

Das Koalitionsrecht und seine Verkümmere vor dem bayerischen Landtag. *)

Die Gesetzgebung gewährt dem Arbeiter wohl das Koalitionsrecht, in Wirklichkeit steht es aber in vielen Fällen nur auf dem Papier. Von seiten der scharfmacherischen Unternehmer wird mit allen Mitteln versucht, dieses Recht zu schmälern. Mit Maßregelungen und schwarzen Listen wird operiert, um die Arbeiterschaft von den gewerkschaftlichen Organisationen fernzuhalten. Die Werkstättenleiter gründeten sich in letzter Zeit die sogenannten gelben Werkvereine, um dies zu erreichen. Besonders trifft das in der Metallindustrie zu.

Auf dieses Treiben der Unternehmer warfen die Verhandlungen des bayerischen Landtages in den letzten Wochen ein grelles Licht. In zwei Sitzungen wurde dort über diese scharfmacherischen Maßnahmen debattiert. Die Veranlassung hierzu bot eine Interpellation Dr. Günther und Genossen:

„Was gedenkt die Kgl. Staatsregierung zu tun, um die staatsbürgerlichen Rechte und das Koalitionsrecht der Angestellten in Privatbetrieben zu sichern?“

Dieser Interpellation lag folgender Vorgang zu Grunde: Am 1. August fand in Augsburg die Wahl zum Schiffsenauschuß bei der Handelskammer statt. Zu den Gewählten gehörte auch ein Ingenieur der bei der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G., Werk Augsburg angestellt war. Am Vormittag gleichen Tages wurde demselben gehindert, mit der Begründung, daß er trotz Verwarnung im Betrieb in unzulässiger Weise agitiert habe.

In der ausgiebigen Debatte im Anschluß an die Interpellation wurden die Bestrebungen der Unternehmer, mit Hilfe der „gelben“ Arbeitervereine einen Druck auf die organisierte Arbeiterschaft auszuüben, scharf kritisiert. Greulicherweise waren die Vertreter aller Parteirichtungen in der Beurteilung dieses Vorgehens der Protektoren der Gelben einig.

Besonders wurde die Firma Baumann, (Emailer- und Stanzwerk in Amberg), durch die Ausführung des Abgeordneten Pestalozza bloßgestellt. Gerade diese Firma hat es mit der Gründung ihres gelben Arbeitervereins auf die Unterdrückung des christlichen Metallarbeiterverbandes in ihrem Betrieb abgesehen. Wie wir dem Organ der süddeutschen katholischen Arbeitervereine „Der Arbeiter“ entnehmen, führte der Abgeordnete Pestalozza über diese Firma folgendes aus:

„Dort können Sie hören, daß die Arbeiter nicht bloß entlassen werden, daß sie, was manchmal noch mehr ist, auf Straßposten veretzt werden, bloß wegen Zugehörigkeit zu einer Organisation. (Hört! hört!) Sie können weiter hören, daß man solchen, die aus der Organisation austreten, dafür eine Belohnung von 1 Mark bis 1.50 Mk. wöchentlich gewährt. Daß diese Fabrik natürlich an ihrer Seite eine Schutztruppe hat in Form eines gelben Vereines, ist ja gar nichts auffallendes, aber es ist doch interessant, wenn man auch einen Pensionsfond hat, der sich bei näherer Befichtigung als ein Mhl für Organisationsloje darstellt. Da heißt es wörtlich in § 7:

„Die Renten des Pensionsfonds stehen den arbeitunfähig gewordenen Mitgliedern des Werkvereins, jedoch nur so lange zur Verfügung, als der Verein nur solche Arbeiter und Arbeiterinnen aufnimmt und in seinen Reihen

*) Wegen Stoffmangel mehrmals zurückgestellt.

bildet, die weder der sozialdemokratischen noch der christlichen oder einer ähnlichen Organisation angehören (Hört! hört!), und so lange der Verein nach den von der Firma vorgelegten Statuten entsprechend geleitet wird.

Ich gebe Dr. Thoma recht, wenn er meint, wir haben ja gar kein Koalitionsrecht, aber ich gehe noch weiter und sage, wir haben in Wahrheit auch keine Koalitionsfreiheit. Wir haben sie meist nur auf dem Papier und ich glaube, daß auch die Beischüsse des 10. Ausschusses, selbst wenn sie vollständig durchgeführt sind, allein nicht genügen würden, diese Schäden zu beseitigen, denn es könnte einmal die Staatsregierung in die unangenehme Lage kommen, dann gegen das andere Prinzip zu verstoßen, daß die deutsche Arbeit vor allem dem deutschen Ziele gebühre und einmal auch einen Auftrag ins Ausland geben zu müssen. Ich glaube, es muß schon anderswo eingeseht werden, es muß verlangt werden, daß von Reichs wegen endlich der richtige Ausbau eines Koalitionsrechtes und eine entsprechende Schutzbestimmung geschaffen wird, die sich auch tatsächlich durchführen läßt.“

Im letzten Satz dieser Ausführungen ist der Weg gezeigt, der gegangen werden muß, um die Arbeiterschaft vor den Uebergriffen der Unternehmer zu schützen. In welcher Weise die gelben Vereine dem Demunzianten- und Spitzeltum Vorschub leisten, beweisen die Worte des Abgeordneten Mayr über die Zustände in der Maschinenfabrik Augsburg. Letzters ist ja bekanntlich der Geburtsort des gelben Lumpfests. Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß sich dort die vergiftenden Früchte des gelben Systems so ziemlich ausgereift haben. Hören wir was der Abgeordnete Mayr darüber sagt:

„In der Maschinenfabrik Augsburg ist ein Epistel- und Demunziantentum eingerissen, wie es widerlicher nicht gedacht werden kann; ein Episteltum, das Mißtrauen sät zwischen den eignen Beamten, den Kollegen und das dazu angetan ist, Späcker und Kriecher zu erziehen und die Charaktere zu verderben. Es herrscht unter den Angestellten und Arbeitern die Ueberzeugung, daß in der Maschinenfabrik Augsburg Organe vorhanden sind, die durch systematische Demunziation einen Terrorismus ausüben, der das dem einzelnen staatlich gewährte Koalitionsrecht untergräbt und geeignet ist, denjenigen um Amt und Stellung zu bringen, der sich diesem brutalen System nicht unterwirft.“

Auch der Abgeordnete Hohlwagen kritisierte in schärfster Weise die Gelben und die Zustände in diesem Betrieb. Als Leiter dieses Epistelsystems sei der Produzent Pfeiffer zu betrachten, der auch der geistige Leiter und Oberhandlanger des vorliegenden gelben Werkvereins ist. Er schloß seine Ausführungen mit folgenden Worten:

„Ich möchte aber den Herrn Minister des Innern bitten, er möge sich nicht so einzig und allein auf das formale Eingreifen seitens der Maschinenfabrik verlassen, er möge diesen Herren einmal, so unter uns wollen wir sagen (Heiter.), wissen lassen, wie man von seiten der Regierung diese Vorgänge beurteilt und daß die Konsequenzen dahin führen können, daß auch die Staatsregierung in bezug auf die Verteilung ihrer Aufträge ihre Anschauung auch einmal der Maschinenfabrik gegenüber korrigieren werde.“

Der Interpellant Prof. Dr. Günther behandelt zunächst den Fall des gemäßigten Ingenieurs der Maschinenfabrik Augsburg. Dann besprach er in treffenden Worten das Verhältnis der Industrie- und Arbeitervereine zu den Unternehmern. Aus seinen Ausführungen sei folgende Stelle herausgegriffen:

„Man muß allmählich lernen, das rufe ich vor allem den Augsburger Herren zu — sozialpolitisch zu fühlen und zu denken. Um ein vorzügliches Wort Friedrich Naumanns zu gebrauchen: Die Zeit ist vorbei, wo man lediglich Industrieuntertanen kannte; wir wollen Industriebürger haben, nicht Leute, die blindlings den Befehlen nachkommen, sondern — und das kommt in letzter Instanz doch auch dem Werk zustatten, wenn höhere Intelligenz maßgebend ist — wir wollen Leute, die deshalb in der vorgezeichneten Weise folgen, weil sie einsehen, daß es notwendig ist, um das große Ganze dadurch zu fördern. Man komme uns heute nicht mehr mit dem Rufe: Ja, der Fabrikdirektor will Herr sein in seinem Hause! Das sagten vor hundert Jahren die Fürsten auch, als sie dem Volke die Konstitution verweigerten, das hat auch Friedrich Wilhelm IV. gesagt: „Ich will kein Blatt Papier zwischen mir und meinem Volke haben!“

Das ist vorbei. Die patriarchalische Zeit hat endlich ausgepielt. Ich gehöre nicht zu denen, die sie unbedingt verurteilen, für ihre Zeit nämlich. Jene Zeit, die namentlich durch den Namen Stamm eine bestimmte Signatur bekam, war durchaus nicht schlecht für die Arbeiter und Angestellten sie behandelte den Umstand, daß man den Arbeitern das Leben möglichst erleichtern sollte, nicht etwa unter dem Gesichtspunkte gesunde und kräftige Arbeitstiere zu bekommen, sondern es war damals wirklich ein Interesse für die Arbeiter vorhanden. Aber heutzutage denken Arbeiter und Beamte anders, sie wollen nicht Wohlthaten, sie wollen Rechte haben (Sehr richtig!) und das ist ein durchaus legitimer Standpunkt.“

In ähnlichem Sinne wie die vorstehend zitierten Abgeordneten sprachen auch die Abgeordneten Püßch, Königbauer und Steets. Hier zeigte sich einmal eine Einigkeit aller Parteien, wie sie wohl selten zu Tage tritt. Die Volksvertreter sind demnach darin einig, daß die Koalitionsfreiheit gegenüber den Uebergriffen eines Teils der Unternehmer besser geschützt werden muß. Es scheint aber, daß sich die Regierung noch zu viel in Erwägungen ergeht. Dem Staat wäre es aber möglich, auch ohne Befehl dieser Scharfmacher das Handwerk zu legen, wenn

bei Erteilung von Staatsaufträgen die Firmen nicht berücksichtigt würden, welche die gesetzlich festgelegten Rechte der Arbeiter beschneiden.

Mit Recht wurde von den bayerischen Abgeordneten ausgeführt, daß durch die gelben Vereine die Arbeiter zu Ariedern und Heuchlern erzogen werden. Die standesbewußte, intelligente Arbeiterschaft hat aber ein Recht, diesen Bestrebungen gegenüber mehr Schutz zu verlangen. Was uns nützt, ist ein Reichsgesetz, auf Grund dessen alle Maßnahmen gegen die Koalitionsfreiheit strafbar sind, ebenso, wie auch der leiseste Zwang in die Organisation mit Strafe bedroht ist. Diese Forderung muß von der Arbeiterschaft immer wieder gestellt werden, bis sie endlich erfüllt wird.

J. K. R.

Sozialdemokratische Agitationsmoral.

Unehrlich und niederträchtig muß die Art genannt werden, die der sozialdemokratische Metallarbeiterverband anwendet, um die Allein-Herrschaft in der Metallarbeiterbewegung an sich zu reißen. Wo immer eine Bewegung eingeleitet wird, geht man dazu über, die christlichen Metallarbeiter zu verdrängen. Wie brutal gewisse sozialdemokratische Verbandsbeamte die Wahrheit auf den Kopf stellen, um unter allen Umständen den christlichen Metallarbeitern Antipathie zwischen die Beine zu werfen, zeigt der Streik um die Bewegung in Rheinfelden. Den Arbeitern der Aluminiumwerke brachte die Bewegung eine bedeutende Verbesserung ihrer Existenzbedingungen. Sie haben erhalten:

- 1. Eine Feuerungszulage garantiert, 20 Pfg. Lohnzulage, sowie für Sonntagsarbeit 80 Pfg. Zulage zum Lohn.
- 2.ämtliche Streitenden wurden wieder eingestellt.
- 3. Alle beim Streik eingestellten Arbeitswilligen sind entlassen worden.
- 4. Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation haben nicht stattgefunden.
- 5. Es ist ein Arbeiterausschuß gebildet worden.

Demgegenüber schreibt der Bezirksleiter der Sozialdemokratie, Karl Vorhöfner, die Arbeiter hätten eine Niederlage erlitten. Er tadelt sie, worauf folgendes zu schreiben:

- „Statt der Streikunterstützung — einen Vorschuß.
- „Statt der Lohnerhöhung — Mäßige.
- „Statt der Wiedereinstellung — Entlassungen.
- „Statt schriftlichen Abmachungen — verlogene Behauptungen.
- „Statt Bekämpfung des Kapitals — gemeine Beschimpfung der Arbeiter.
- „Statt besserer Verhältnisse — Verteuerung der Lebenshaltung.“

Ein widerlicheres Bild des Kampfes der Arbeiter untereinander, wie dieses, ist nicht gut denkbar. Niederlage, Niederlage brüllt die sozialdemokratische Meute; der Unternehmer aber freut sich im Stillen darüber, daß es sozialdemokratische Arbeiterführer sind, die ihm heispritzigen im Kampf gegen die verhassten christlichen Gewerkschaften. Unter allen Umständen die christlichen Arbeiter niederzurufen, ist anscheinend die vornehmste Aufgabe verschiedener Obergewaltigen. Ob dabei die Arbeiterinteressen Schaden leiden, das kümmert diese Herren nicht, wenn nur alles Christliche ausgerottet werden kann, haben sie ihren Zweck erreicht. Diese Hausnechtsarbeit, die von den Sozialdemokraten bei solchen Gelegenheiten für die Scharfmacher geleistet wird, treibt mitunter die tollsten Blüten.

1906, bei dem gewaltigen Kampf der Burbacher Hüttenarbeiter, haben wir das gleiche Bild. Wenn damals auch keine Arbeiter totgeschossen worden sind, wie in Rheinfelden, so war es doch ein Kampf auf Leben und Tod für das Koalitionsrecht. Der weit und breit bekannte Scharfmacher Dr. Tille ging dazu über, die organisierten christlichen Arbeiter der Burbacher Hütte mit allen Mitteln zu bekämpfen. Dessenfalsch suchte er klar zu machen, daß nur wenige unzufriedene Elemente dem Beamten unseres Verbandes nachließen. Hierdurch sollte den christlich organisierten Arbeitern der Mut genommen werden. Am 8. März wurden die ersten fünf Mitglieder unseres Verbandes auf der Burbacher Hütte entlassen. Die uns freundlich gesinnte Presse beurteilte diesen Gewaltstreich der Scharfmacher und wies auf die Gefahr eines erbitterten Kampfes hin.

Da kam die sozialdemokratische „Saarwacht“ und leistete dem Dr. Tille und seinen scharfmacherischen Hintermännern Bütteldienste, indem sie am 13. März 1906 schrieb:

„Wenn das Blatt glaubt, durch solche Großsprecherien bei der Hüttenverwaltung Eindruck zu erwecken, so kennt sie ihre Pappentheimer schlecht; damit loßt auch die „Saarpost“ keinen Hund hinter dem Ofen hervor, namentlich aber dann nicht, wenn man die nicht einmal zwei Duzend Köpfe zählenden christlichen Metallarbeiter als Machtfaktor aufspielen will.“

Also: Dr. Tille, laß dich nicht hänge machen, du hast Recht, es sind nur ein paar Unzufriedene, die können dir nicht schaden!

Wenn das verräterische Geschreibsel der sozialdemokratischen Volksbegleiter einen Sinn haben soll in dieser schwierigen Situation, dann doch nur diese Zustimmung für Dr. Tille.

Was dann die Maßregelungen unserer Mitglieder betrafte, wurden auf der Burbacher Hütte und die Möglichkeit eines Streiks immer näher rückte, da konnte man das Bekenntnis einer sozialdemokratischen schönen Seele an die Scharfmacher abermals in der sozialdemokratischen „Saarwacht“ lesen. Die christlichen Arbeiter kämpften um das Koalitionsrecht. An den Versammlungslokalen standen die Meister der Hütte als Aufpasser. Zu Duzenden wurden unsere Kollegen auf die Straße geworfen, weil sie

für die Freiheit der Arbeiter eintraten. Dieser Kampf ums Koalitionsrecht mußte auch den sozial. Arbeitern zugute kommen und man hätte glauben sollen, als Arbeiter, die rechtlich fühlten und denken, stehen auf unserer Seite. Da kommt abermals die Sozialdemokratie und fällt unseren kämpfenden Kollegen in den Rücken indem sie öffentlich erklärt, bei einem eventuellen Kampf seien ihnen die Groschen doch zu schade, als daß sie gespart würden für die „christliche Spielerei“. Wörtlich heißt es in der sozialdemokratischen „Saarwacht“ vom 14. März 1906:

„Ober glaubt man etwa, daß die freigeberischen Arbeiter, die, wenns gilt, Mittel aufzubringen, nur allein in Frage kommen können, die Kosten für die christliche Spielerei tragen werden, diesen sind um blinde Manöver zu führen, die Groschen doch zu schade.“

Als ob die christlichen Arbeiter etwas von den Groschen der Sozialdemokraten erwartet hätten? Jeder christlich organisierte Metallarbeiter weiß, was er vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband mit seinen 9 Mark Kassenverpro Mitglied zu halten hat. Wir haben mit über 50 Mark pro Kopf im christlichen Verband eine bedeutend bessere Stütze in Kämpfen, als die sozialdemokratischen Kollegen. Der Zweck der öffentlichen Abgabe an die kämpfenden christlichen Arbeiter war, die Leute mutlos zu machen. Dann gab die sozialdemokratische Zeitung den Scharfmachern erstens das Versprechen, wir helfen den Christen nicht und zweitens bracht ihr den Vorgang nicht ernst zu nehmen denn es ist ja nur Spielerei!

Einen Monat später standen 3000 kämpfende Arbeiter vor den Toren der Hütte, daß es keine Spielerei gewesen ist, war dadurch in Deutlichkeit bewiesen.

Die christlichen Arbeiter haben den Kampf allein geführt. Kein Sozialdemokrat, kein Kirch-Diener oder Facharbeiter hat in diesem schweren bedeutungsvollen Kampf auch nur einen Finger gerührt, für die kämpfenden christlichen Metallarbeiter. Wir brauchen sie auch nicht, aber es wäre für uns besser gewesen, wenn man dem Dr. Tille und seinen Hintermännern keine Bütteldienste geleistet hätte.

Warum die Sozialdemokraten in diesem Falle, so wie in Rheinfelden auf der Seite der Unternehmer zu finden war, ist begreiflich.

Die christlichen Arbeiter sollen niedrigerungen werden. Um diesen verhassten Christen das Leben zu erschweren, um ihnen wie die „Rheinische Zeitung“ z. B. schrieb, „Mattenrost“ zu machen, greift man zu solchen verwerflichen Mitteln. Arbeiterinteressen kümmert die Sozialdemokratie nicht, ihr Augenmerk richten sie auf die Vernichtung der christlichen Arbeitsbrüder.

In einer Versammlung der sozialdemokratischen Arbeiter über die am 4. April 1906 in der „Saarwacht“ berichtet wird heißt es:

„Die Scharfmacher vergrößerten sich, ihre ganze Kraft einzusetzen im Kampfe gegen die größten Feinde der Arbeiterklasse: die Scharfmacher und die christlichen Zerplitterer.“

Da liegt der Hund begraben. Kampf darum einer solchen unehrlichen Art der Sozialdemokraten, die Arbeiterinteressen mit Füßen tritt, wenn sie glaubt, ihre christlichen Arbeitskollegen damit zurückdrängen zu können.

Gerade die Kämpfe in Rheinfelden und Burbach reden hierüber eine deutliche Sprache. Christliche Arbeitskollegen, dagegen hilft uns nur eine geschlossene Phalanx, Kampf bleier arbeiterschädigenden, unwahren Agitation der Sozialdemokratie. Wörtlich, wir brauchen uns unserer Arbeit und Erfolge nicht zu schämen. Finanziell stehen wir in unsern Verbänden stark da und jedem Arbeitskollegen müssen wir hierüber durch unermüdbare Agitation Klarheit verschaffen. Auf an die Arbeit! W. D.

Mehr Schutz den Arbeiter-Vertretern in den Fabrikkrankenkassen.

Zu diesem wichtigen Kapitel erhalten wir von einem Verbandskollegen folgende Zuschrift:

Daß unsere christliche Gewerkschaftsbewegung als Kulturbewegung auf allen Gebieten mit weitestgehendem Blide vorgeht, hat der letzte Gewerkschaftskongreß in Köln wieder gezeigt. Dort wurde mit aller Entschiedenheit der Schutz aller Arbeiter, welche öffentliche Ämter bekleiden, gefordert. Dieses war auch in ganz besonderem Maße notwendig für die Arbeiter-Vertreter- und Vorstandsmitglieder in den Fabrikkrankenkassen. Wege den Arbeitern, die in dieser Stellung ihre Pflicht zu erfüllen suchen. In vielen Fällen wird dieses als Auflehnung gegen die Fabrikleitung betrachtet, da in der Regel der Vorsitzende der Ortskrankenkasse gleichzeitig der Leiter, Direktor oder ein sonstiger einflussreicher Beamter der Fabrik in einer Person ist.

Dadurch wird das Selbstverwaltungsrecht vollständig und sogar jede wesentliche Mitarbeit an der Kassenverwaltung vereitelt und illusorisch gemacht. Es ist daher nur zu leicht erklärlich, daß in vielen Fabriken die Arbeiter der Krankenkasse so teilnahmslos gegenüberstehen mit der Ausrede: „Es hat ja doch keinen Zweck, die Fabrik macht ja doch, was sie will.“ Und so bleibt alles beim Alten, zum Schaden der beitragszahlenden Arbeiter.

Wenn aber die Arbeiterschaft versucht, an diesem Zustand zu rütteln und Kollegen, welche ihr Vertrauen und die nötige Fähigkeit besitzen, als Vertreter in die Verwaltung entsenden, und wenn diese Kollegen dann den Mut haben, zum Wohle der Kasse und ihrer Mitglieder zu wirken, dann sind sie am längsten Vertreter oder Vorstandsmitglieder der Kasse gewesen, wie nachstehender Fall zeigt:

Auf einem großen Eisenhüttenwerk Mitteldeutschlands, das etwa 4000 Arbeiter beschäftigt, war es schon seit langen Jahren Brauch, daß die Vertreter zur Generalversammlung sich zum größten Teil aus Vorarbeitern, Meistern, Obermeistern oder sonstigen der Hütte ansehnlichen Personen zusammen-

setzte, daß dadurch die Interessen der Kassenmitglieder nicht immer in gemäßigtem Maße vertreten wurden, ist selbstverständlich. Als in den letzten Jahren die Organisationskraft dort etatsmäßig wurde auch der Betriebskrankenkasse mehr Aufmerksamkeit geschenkt und innerhalb 2 Jahren die Mehrheit in der Generalversammlung und die den Arbeitern zustehenden Vorstandsposten in der Pensions- und Krankenkasse durch organisierte Kollegen besetzt. Und was war die Folge? Von den Vertretern und Arbeiter-Vorständen sind die meisten heute schon geflogen. Man hat ja als Arbeitgeber Gründe genug, um sich dieser mißliebigen Elemente zu entledigen. Arbeitsmangel schlechtes Arbeiten usw. müssen dafür herhalten. Daß der Grund zur Entlassung für die Betroffenen nur ihre Tätigkeit als Kassen-Vorstandsmitglied war, steht fest, ist aber der Dessenfalsch schwer zu beweisen. Waren es doch Arbeiter, die 10-15 ja 20 Jahre zur Zufriedenheit der Fabrik beschäftigt waren.

Auch ein im Vordergrund unserer Bewegung stehender Kollege ist davon betroffen worden. Nachdem er als Vertreter und in den Vorstand gewählt und seinen direkten Vorgesetzten, der den Posten lange Jahre inne hatte, ablöste, hatte auch seine Stunde geschlagen. Er wurde von seiner Arbeit, die er schon 18 Jahre verrichtet hatte, ohne sichtlichen Grund entfernt, von einer Dube in die andere strafversetzt, schließlich als Plaharbeiter „befördert“ und ging dann freiwillig, um sich und seiner Familie den Lebensunterhalt zu sichern und der Direktion das Herausstreichen zu ersparen.

Heute ist in der Krankenkasse so ziemlich alles wieder beim Alten. Eingeschüchtert durch obige Vorfälle, lassen die Arbeiter alles ruhig laufen, kümmern sich weder um die Wahlen noch um die Kasse und die Fabrikleitung schaltet und waltet wieder nach ihrem Belieben. Es sei hier noch kurz angeführt, wie der Kassenvorstand die Arbeiter-Vertreter einschätzt und das Statut achtet. Derselbe hat ohne Zustimmung der Generalversammlung eine sehr bedeutende Summe vom Reservefonds der Kasse von der Reichsbank abgehoben und dem Hüttenwerke als Darlehen gegeben. Angeblickt weil es dort mehr Zinsen einbringe. Hier ist die vom Gesetzgeber gewollte Selbstverwaltung nur noch eine Farze.

Wie man sieht, ist die Vertretung und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Fabrikkrankenkassen in der jetzigen Form noch sehr verbesserungsbedürftig. Wie sollte es erst aussehen, wenn die geplante Zweiteilung eingeführt würde? Und um den Schutz der Arbeiter-Vertreter ist es noch sehr schlecht bestellt. Darum ist es Pflicht der Arbeiter, auf die Gesetzgebung einzuwirken, daß den Kassen-Vertretern ein besserer Schutz zuteil wird, zum mindesten in ähnlichem Maße, wie den Sicherheitsmännern im Bergbau.

Bei der kommenden Beratung der Reichsversicherungsordnung wird es Aufgabe unserer Vertreter im Parlament sein, mit aller Entschiedenheit für genügenden Schutz der Krankenkassen-Vertreter zu wirken. Auch der Organisation selbst kann schon aus dem Grunde dieser Zustand nicht gleichgültig sein, weil auf diese Weise Weise oft ihre besten Kräfte lahmgelegt werden, und die Indifferenten, die verkehrter Weise die Ansicht vertreten, daß die Organisation nicht helfen könne, in ihrer grundsätzlichen Ansicht bestärkt werden. Hier Wandel zu schaffen, liegt im Interesse der Organisation und des gesamten Arbeiterstandes. W. D.

Gewerkschaftliches.

Das läßt tief blicken.

Im Anschluß an eine Abwehr gegen den Verleumdungszug der Sozialdemokratie wegen der Bewegung in Rheinfelden macht das „Reich“-Berlin folgende bemerkenswerte Mitteilungen:

„Das Verhalten der sozialdemokratischen Presse bez. der Sage gegen die christlichen Gewerkschaften wird aber verständig, wenn man sich über die Absicht, die verfolgt wird, klar wird. Es ist lediglich ein taktisches Manöver, mit dem sie ihren eigenen Mitgliedern Sand in die Augen streuen und die Schwäche des Verbandes betonen will. In Berlin, wo der sozialdemokratische Metallarbeiterverband 63000 oder ein Sechstel seiner gesamten Mitglieder hat, legt gen. Verband ein geradezu bejammernswertes Verhalten an den Tag. In den Betrieben von Lokomotivbau Schwarzpöppf, Bergmann und Alig. Elektrizitätsgesellschaft hat er gegen 500 Mitglieder im Streik stehen oder in Ausperrung.“

Der Metallarbeiterverband magt nicht einmal, durch Veröffentlichung einer Sperrnotiz in der Metallarbeiterzeitung Bezug von Arbeitswilligen nach diesen Stellen heranzufallen. Mit den eigenen Verbandsmitgliedern, die als Arbeitswillige die Arbeit aufnehmen, werden die Streiks unterdrückt. Die Mitglieder sind darob sehr ungehalten. Hier, in den eigenen Mitgliedern systematisch Niederlagen bereitet werden, schmeigt die sozialdemokratische Presse, wo aber die christlichen Gewerkschaften Erfolge erzielen, wie dies in Badisch Rheinfelden der Fall war, werden diese in Niederlagen umgelogen.“

Das läßt tief blicken, würde Sabotage sagen. Darum zunächst vor der eigenen Tür, fügen, muß den sozialdemokratischen Verkäulern immer wieder gesagt werden.

Die sozialdemokratische Metallarbeiter-Zeitung hat deshalb wenig Berechtigung, ihrer Schadenfreude über den Mitgliederabgang in anderen Organisationen so berebten Ausdruck zu verleihen, wie es in ihrer letzten Nummer geschieht. Wenn der Rückgang infolge der Krise im christlichen Metallarbeiterverbande verhältnismäßig größer ist wie im sozialdemokratischen Verband, so hat das seine ganz natürlichen Gründe. Der christliche Verband ist zunächst eine viel jüngere Organisation und hat deshalb einen kleineren Prozentsatz wirklich stabiler Mitglieder; die Fluktuation trifft ihn verhältnismäßig stärker wie den viel älteren sozialdemokratischen Verband. Dann kommt noch ein wichtiger Moment hinzu. Der Deutsche Metallarbeiterverband rekrutiert sich hauptsächlich aus der Klein- und weiterverarbeitenden Industrie, während der christliche Verband prozentual viel mehr Arbeiter aus der schweren (Eisen-, Stahl- und Walzwerk-) Industrie in seinen Reihen hat. Es ist aber eine Erfahrungstatsache, daß die Arbeiter der schweren Industrie in Krisenzeiten viel leichter von der Organisation abspringen wie die Arbeiter der weiterverarbeitenden Branchen. Das wird der sozialdemokratische Verband doch selbst in den Kistenbezirken erfahren haben. Es sind mithin ganz natürliche und leicht erklärliche Gründe, wenn der christl. Verband von der Einwirkung der Krise stärker betroffen wurde wie die sozialdemokratische Organisation.

Dazu kommt auch noch, daß dem sozialdem. Verband ganz andere Hilfsmittel in der Agitation zur Verfügung stehen, die nicht selten die praktische Gestalt von Zwangsrepräsentationen anzunehmen pflegen. Wenn die unfreiwilligen Mitglieder mit einem Schlag aus dem Deutschen Metallarbeiterverband ausscheiden würden, das gäbe eine erstaunlich große Lücke. Die christliche Organisation will und kann mit solchen Mitteln nicht arbeiten und wird trotzdem vorwärts schreiten; wenn auch durch Krisen einmal ein Stillstand und kleiner Rückgang nicht zu vermeiden ist.

Selbsterkenntnis.

Die freien Gewerkschaften lieben es, in Wort und Schrift ihre Erhabenheit und gewerkschaftlichen Tugenden über den grünen Klee zu loben und stolz wie ein Spanier auf die andern Richtungen herabzublicken. Besonders stolz auf ihre „Kulturhöhe“ und die Koripheäen des freien Buchdruckerverbandes, dessen Organ in eifriger Selbstverherrlichung den Ausdruck: „Organisation von Welttruf“ geprägt hat. In Wirklichkeit sieht es aber in dieser Organisation gar nicht rosig aus, wie folgende Ausführungen eines Verbandsmitgliedes D. P., der einmal eine kleine Gewissenserforschung in Nr. 124 des „Korrespondent vom 26. Oktober 1909 anstellt, deutlich beweisen. Der Mann schreibt:

„Gewiß liegen unsere tariflichen Verhältnisse teilweise im argen und mancher mag an einer Besserung zweifeln, trotzdem wir heute schon ein tarifgesetzliches Recht dazu haben. Die Schuld daran kann aber nicht immer den einzelnen Vertrauenspersonen in die Schuhe geschoben werden, die Schuld daran liegt meist an den gegebenen Verhältnissen und an der wenig gewerkschaftlich durchgebildeten Kollegenschaft einzelner Offizinen oder ganzer Druckorte. Es ist oft zum Verzweifeln, wenn man sieht, wie tarifliche Unerfahrenheit, Unkollegialität, Unsolidarität und Schmutzkonkurrenz in unserer Reihen grassiert, wie erschreckende Stumpfheit und schwächliche Vertretung tariflicher Bestimmungen dominiert und die Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit an unseren Versammlungen immer mehr Platz greift. Darum heißt es heute mehr denn je, Einigkeitssinn und ideale Begeisterung in die Massen tragen, niemals aber das unbedingte Gehör wirtschaftlicher Schwachheit den Prinzipalen gegenüber aufkommen zu lassen.“

Also „zum Verzweifeln, tarifliche Unerfahrenheit, Unkollegialität, Unsolidarität und Schmutzkonkurrenz“, wirklich eine nette Musterkollektion, und das alles in der „Organisation von Welttruf“ der deutschen Buchdrucker. Die Führer und das Verbandsorgan dieses Verbandes hätten daher besseres zu tun, für die dringend nötige Erziehung der eigenen Mitglieder zu sorgen, statt fortwährend über den Gutenbergsbund und die anderen christlichen Gewerkschaften loszuziehen. Der „Korrespondent“ hat z. B. auch mit großem Behagen im Kampf bezüglich Abneigens gegen Kollegen Engel mitgemacht, nach vorstehendem hätte er aber alle Ursache, in der eignen Familie für Sitte und Ordnung zu sorgen.

Religiös „neutral“.

Einen weiteren Beweis für den Neutralitätschwandel der sogenannten freien Gewerkschaften liefert die „Schmiede-Zeitung“ Nr. 46, das Organ des angeblich neutralen sozialdemokratischen Schmiedeverbandes, mit folgenden Ausführungen im Leitartikel:

Dieses haben alle Religionen miteinander gemeinsam; daß sie sich zu weltlichen Zwecken mißbrauchen lassen, daß sie den Verdorbenen und Ausbeutern Besserdienste leisten und den Unterdrückten Gebuld und Entsaugung predigen. Die christliche Botschaft predigt der Jenseitsglaube eine bedeutende Rolle, indem er die armen Volksmassen auf das „bessere Jenseits“ verweist, während die oberen Schichten ihnen das Diesseits rauben. Solange die Unterdrückten diesen Glauben Gehör leisten, lassen sie dem Despotismus

und dem Ausbeutertum ohne Murren Herrensfolge, sobald aber dieser Glaube ins Wanken gerät, werden die Massen auch auf politischem und sozialem Gebiet unruhig. Der Unglaube ist die Begleitererscheinung einer jeden aufstrebenden Volksbewegung und das Schwanden des Autoritätsglaubens auf religiösem und weltlichem Gebiete tritt zu gleicher Zeit an. Das wissen die Herren auch ganz gut und deshalb treten sie dafür ein, „daß dem Volke die Religion erhalten bleibe“.

Umgekehrt hat eine um ihre Emanzipation ringende Klasse, also auch das moderne Proletariat, ein lebhaftes Interesse daran, religiöse Aufklärung in die Massen zu tragen und den Nimbus zu zerstören, den die Herrschaft mit schlauner Verachtung um die Religion und die Gottheit gewoben hat. Die kämpfenden Proletarier müssen ihre Kollegen, die noch in den Banden religiöser Wahnvorstellungen liegen, darauf hinwirken, welche Rolle die Religion in den Klassenkämpfen gespielt und stets gespielt hat; sie müssen ihnen auch dartun, daß die Religion im modernen Leben jede Bedeutung verloren hat und durch Wissenschaft, Kunst und Technik ersetzt worden ist.“

Wir verzeichnen dies nicht, um dagegen zu polemisieren, sondern hängen es nur als Selbstenttarnung des freigezwergschaftlichen Neutralitätschwandels niedriger.

Töblicher Fanatismus.

Noch viel toller wie die „neutrale“ Schmiede-Zeitung haben es andere freie Gewerkschaftsblätter anlässlich des krankhaften Ferrer-Rumors getrieben und mit fanatischer Wut auf das Christentum losgehauen. In diesem Falle auf die katholische Kirche. Der „Zimmerer“, das Organ des sozialdemokratischen Zimmererverbandes, schrieb in seiner Nummer 43 vom 23. Oktober:

„Der Atem stockt. Im Angesicht der ganzen Welt ist das Kulturrecht der Menschheit bestrebt worden von einer Staatsregierung, die aus Nichts besteht, für deren Gutmenslichkeit noch kein Wort erfunden ist. Von wem die Kulturraubung ausging? Keine Frage! Nur der Kopf eines christlichen Pfaffen ist in stande, so Unfassbares zu fassen und reifen zu lassen. Nur die christliche Kirche, die von jeher das Menschliche im Menschen zu ersticken bestrbt gewesen ist, vermag so Nichts zu tun. Wo seit anderthalbttausend Jahren, seit die christliche Kirche zur Herrschaft gelangt ist, etwas an Gerechtigkeit, Rechtsverneinung und Schändlichkeit geschehen ist, was ein normales Menschenhirn nicht fassen kann, da ist der Pfaff dazu bereit in einem, mit moralischem Eiter gefüllten Passenbrot. Die Passenbrut hat jetzt in Spanien zu gestalten, wie sie am 6. Juni 1415 auf dem Scheiterhaufen verbrannt wurde, als sie den Johannes von Goye verbrannte, aber am 17. Februar 1600, als auf dem Blumenfelde zu Rom Giordano Bruno auf dem Scheiterhaufen angezündet wurde. 300 Jahre, 500 Jahre des Menschheitsringens nach Recht, Wahrheit und Freiheit bestehen für die christlich-katholische Kirche nicht. Sie ist heute wie damals die Feindin aller wahren Kultur, die Erwärgerin alles Rechtes und aller geistigen Freiheit. Und sie wird das bleiben, solange sie besteht. Eher geht die Sonne im Westen auf als im Osten unter, als daß diese Kirche ihr Wesen verändern könnte. „Grasetz Püfame!“ rief Voltaire vor anderthalbhundert Jahren den Völkern zu. „Zerschmettert die Kirche!“ Die Völker haben bisher noch nicht die Kraft und die Selbständigkeit dazu gefunden.“

Können Haß und Injamen noch gesteigert werden? Und so schmachtvolle Beleidigungen müssen sich katholische Kollegen, die im „Freien“ Zimmerverband sind, von ihrem eignen Verbandsorgan ins Gesicht schleudern lassen? Pfui über solche charakterlosen und feigen Jammerlinge.

Angeichts dieser tobenden Stürme, die den Scheidungsprozess in zwei große Lager, die Glauben, die Unglauben fördern, rufen wir den evangelischen wie katholischen Kollegen zu: Wahrer eure heiligsten Güter; den Glauben eurer Väter, die Treue zu unserem Herrscherhaus. Mit dieser Waffe treten wir vor die Front. Sammeln wir Krieger; stärken wir unsere Reihen in den konfessionellen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften. Auch der verzweifelte Ansturm muß dann an uns zerschellen.

Im Stürme spannt der Adler seine Schwingen; Blas' zu! Da spür' ich wieder, daß ich Mann.

Zweierlei Moral.

Unter dieser Epithete schreibt unser Bruderverband vom Bauarbeiterverband, die „Baugewerkschaft“ in ihrer Nr. 46 folgendes:

In der letzten Nummer teilten wir gegenüber der Ausschlichtung des „Falles“ Engel durch die sozialdemokratische Presse mit, wie ein „freier“ Gewerkschaftsbeamter, dessen Name nicht genannt war, die Altemappe eines Arbeitgebervertreters in unbefugter Weise an sich brachte. Er erklärte dem Subalternebeamten gegenüber die liegengeliebene Mappe als sein Eigentum, obwohl er überhaupt keine solche mit zur Eihung gebracht hatte. Wie wir jetzt erfahren, handelt es sich um den Beamten Bruz vom sozialdemokratischen Buchbinderverband, der Vorsitzender der Berliner Schlichtungskommission ist, die Mappe gehörte dem Generalsekretär des Arbeitgeberverbandes Rasse. Der Fall ereignete sich anlässlich der vorjährigen Verhandlungen der Buchbinder, Portefeuerler und Sattler mit den Arbeitgebern des Buchbindergewerbes. Bruz trug die Mappe, deren Inhalt während der Nacht abgeschrieben worden war, abern Morgens selbst zurück und entschuldigte sich. Trotz dieser unredlichen Handlungsweise bekleidet der Mann noch heute seine sämtlichen Posten. Daß die Arbeitgeber mit einem solchen „Führer“ nur mit dem größten Widerwillen handeln, ist zu verstehen. Wenn wir die Sozialdemokratie über uneheliche Führer sich ereizt, sei ihr das unbenommen, aber zunächst soll sie das bei ihren eigenen Angehörigen tun.“

Ganz recht, aber hier vermissen die sozialdemokratischen Moralbehüter. Wenn das ein christlicher

Führer gewesen, (der übrigens dadurch wirklich unmöglich gewesen wäre), heidi, dann hätte es eine wilde Jagd im ganzen roten Blätterwald abgesetzt; die ihresgleichen zu suchen hätte. Wer so schweigen die roten Moralwächter, denn den eigenen Genossen ist alles erlaubt, so will es die rote Doppelmoral.

Streiks und Lohnbewegungen.

Breslau. Am 25. Okt. sahen sich die Formner der Firma Ernst Hoffmann und Co., Klosterstraße 66 genötigt, in einen Abwehrstreik einzutreten. Die Ursachen der Bewegung sind folgende:

Im Februar ds. J. nahm die Firma eine Nordlohnreduzierung von 50 Pfennig pro Doppelzentner vor, welchen Abzug die Formner damals stillschweigend über sich ergehen ließen. Der Abzug sollte nur für Arbeiten für die Firma F. W. Hoffmann gelten, während für andere Arbeiten der alte Lohn gezahlt werden sollte.

Am 25. Oktober versuchte die Firma Ernst Hoffmann und Co., gestützt auf die im Februar zu Tage getretene Gutmütigkeit ihrer Formner, abermals einen Abzug von 50 Pfg. pro Doppelzentner vorzunehmen. Bei der durchschnittlichen Leistungsfähigkeit der Firma würde der Abzug pro Mann und Woche 5-6 Mark betragen. Gläubte die Firma, die Formner ließen sich abermals einen solchen Abzug gefallen, so täuschte sie sich aber diesmal, zumal die Firma weit und breit bekannt ist, daß sie die schlechtesten Löhne bezahlt. So konnten wir ihr, anlässlich der Formnerbewegung 1906 beweisen, daß sie Dreherlöhne von 23 Pfennig pro Stunde zahlte und dieses an verheiratete Leute mit zahlreicher Familie. Die Formner legten darum als Antwort auf die neuerliche Zustimmung im Einverständnis mit ihrer Organisation geschlossen die Arbeit nieder.

Das Organisationsverhältnis ist im Betriebe ein gutes. Alle Formner sind organisiert und Arbeitswillige zu bekommen war der Firma und auch dem Arbeitsnachweis der Industriellen trotz der angestrengtesten Versuche, bei welchen das Breslauer Streikbrecherblättchen, der „Breslauer General-Anzeiger“ in jeder Weise Hilfe leistete, bisher nicht möglich, da extra von auswärts angekommene Formner von der Organisation sofort wieder abgehoben werden konnten.

Dadurch wurde der „Herr im Hause“ — Standpunkt der Firma, welchen sie die ersten 10 Tage hervortrieb, bald gebrochen und sie sah sich zu Verhandlungen gezwungen und mußte auch infolge der Einigkeit der Arbeiter die Abzüge zurückziehen. Der Streik ist also mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter beendet und die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen worden.

Betreffs der Einigkeit, welche die Arbeiter bei Ernst Hoffmann an den Tag legten, hätten wir nur den einen Wunsch, daß die Arbeiter der anderen Betriebe sich ein Beispiel nehmen möchten, damit auch fernerhin an der Einmütigkeit der Arbeiter alle Maßregeln der Arbeitgeber zerschellen. Möchte dieser Wunsch in Erfüllung gehen, dann hätte die Arbeitererschaft schon viel gewonnen und die Unternehmer würden berechtigter Wünsche der Arbeiter nicht ohne weiteres ignorieren.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzulenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Machen. In der Gießerei der Firma Banderheiden sind Differenzen ausgebrochen.

Samm (Weff.). Die Weff. Gieß- und Ofenfabrik C. W. Wilms ist für Formner und Gießereiarbeiter gesperrt.

Öhlingen. Bei der Firma Christl. Mäler sind die Arbeiter in den Ausstand getreten.

Zuzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 21. November 1909 der siebenundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 28. November fällig.

Mit der Abrechnung vom 3. Quartal im Rückstand befinden sich immer noch folgende Ortsgruppen: Ulme, Weberungen, Clausthal, Freiburg, Gladbeck, Rattowig, Königshuld, Verbach, Reichlingen, Magdeburg, Markkirch, Markt-Redwig, Reisse, Nieder-Eslon, Oberursel, Oppeln, Brünn, Nadeborntwald, Rhein-felden, Richroth, Schwenningen, St. Lönis, Rossowka, Weikerhammer, Worms, Medarels und Forst.

Daß diese Gruppen noch immer mit der Abrechnung im Rückstand sind, kann nicht scharf genug gerügt werden. Wir erwarten von den Mitgliedern, daß sie jetzt an den Ortsgruppenvorstand herantreten und die sofortige Einwendung der Abrechnung verlangen. Die Bezirksbeamten werden ebenfalls ersucht, nach den Rechten zu gehen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Schwäbisch-Gmünd. Der Ausgang der Hanauer Arbeiterbewegung in der Edelmetallindustrie gab den hiesigen Sozialdemokraten Veranlassung in einer Versammlung über die Erfolge dieser Bewegung durch ihren Bezirksleiter Ehrler aus Frankfurt berichten zu lassen. Da in der Einladung hierzu darauf verwiesen war, daß die Erbringung dieser Aufgabe die Arbeiter nur deshalb sich ermöglichen ließ, weil dort im Gegensatz zu anderen Orten, die Arbeiter in einer einheitlichen Organisation zusammengefaßt seien, besuchten unsere hiesigen Kollegen diese Versammlung. In unseren Kollegenkreisen allgemein die Parole auszugeben, dieselbe zu besuchen, dazu hatten wir keine Veranlassung. Die Versammlung war denn auch, wenn man berücksichtigt, daß die Einladung hierzu mit großem Eifer erfolgte, außerordentlich miserabel besucht. Sage und Schreibe ganze 150 Personen, worunter sich ungefähr noch 30 Kollegen unseres Verbandes befanden. Selbst der Referent erging sich ob dieses Umstandes eingangs seiner Ausführungen in den beweglichsten Klagen. Ueber den Verlauf und den Erfolg der fraglichen Bewegung berichtete er sodann in längeren Ausführungen. Durch das einmütige und geschlossene Verhalten der Hanauer Kollegen seien die schädlichen Maßnahmen des Arbeitgeberverbandes vereitelt worden. Trotz der schwierigen Umstände sei es möglich geworden, den bereits seit Jahren bestehenden Tarifvertrag wiederum abzuschließen. Der Respekt der Arbeitgeber vor dem sozialdemokratischen Verband sei enorm gewachsen?

Den christlichen Verband zu berücksichtigen, dazu hätten sie als die überwiegende Mehrheit keine Veranlassung gehabt. Ueberhaupt sei es ein Unsinn, wenn die Arbeiter sich christlich organisierten. Man solle sich ein Beispiel an den Arbeitgebern nehmen usw.

In der anschließenden Diskussion trat nun Kollege Gerhards diesen Ausführungen entgegen. Er betonte unter Hinweis auf die Bewegung des Jahres 1906, daß dort, wo mehrere Organisationen in Frage kommen, es ebenso gut möglich sei, gewerkschaftliche Erfolge zu erringen, wenn Einheit vorhanden sei. An der von Ehrler behaupteten Versplitterung sei unserer Gewerkschaftsrichtung die Schuld nicht beizumessen, da einerseits diese bewahrenswerte Versplitterung schon vor der Gründung der christlichen Gewerkschaften vorhanden gewesen sei und andererseits die Gründung letzterer ihre Ursache in der Tatsache habe, daß die sogenannten „freien“ Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei eins seien. In anderen Ländern, so vor allem in Amerika sei dies nicht der Fall. Dort vermochten die Gewerkschaften, wie dies ihr Präsident Gompert unlängst im Kreise deutscher Genossen hervorhob, nur deshalb die Spaltung zu vermeiden, weil das parteipolitische und religiöse Neutralitätsprinzip jederzeit von den amerikanischen Gewerkschaften hochgehalten wurde.

Im Hinblick auf die verbesserungsbedürftigen Lohnverhältnisse hält Gerhards ein gemeinsames Vorgehen für angezeigt.

Die ruhigen und sachlichen Darlegungen unseres Standpunktes hinterließen einen guten Eindruck bei Freund wie Feind. Ein Herr Lachemmer glaubte unsern Kollegen an Zeug sitzen zu müssen. Um den guten Eindruck der Ausführungen Gerhards zu vertiefen, hält es der Geschäftsführer Wanner vom gegnerischen Verband für angebracht ohne jeglichen Grund die Fehde vom Baum zu brechen. Mit Behauptungen wie: „Die Christlichen seien Unternehmerrückhütten“, unsere Kollegen auf dem Lande würden ihre Mitglieder, die ein Geschäft nebenbei betreiben, boykottieren, im Bekleidungsstande nicht zu sein und gegen den sozialdemokratischen Verband agitieren, wir, die Christlichen, seien nicht ehrlich, wir würden keine Achtung verdienen, wart er um sich, den Beweis für diese Behauptungen schenkte er sich. Als nun Kollege Kollstrath die Widersprüche des Referenten bezüglich unserer Abweisung bei den Verhandlungen aufdeckte, und dem Herrn Wanner die gebührende Antwort zuteil werden ließ, wurden die Genossen äußerst nervös.

Die Christlichen in der unflätigen Weise zu beschimpfen, ist bei den Genossen erlaubt, doch nicht, daß sich die Angegriffenen zur Wehr setzen, so die echte unverfälschte Genossenmoral. Kollstrath konnte ob der Zwischenrufe kaum einen Satz im Zusammenhang aussprechen, dadurch zogen sich die Ausführungen begrifflichweise weiter hinaus, als den Genossen lieb war, die Folge waren Schlussrufe, „rauf“ und ähnliches mehr. Herr Wanner wurde aufgefordert, wenn er es so nicht vermöge, schriftlich den Beweis für seine Behauptungen anzutreten, bis zur Stunde warten wir auf jene Weise.

Im Schlusswort mußte Ehrler zugeben, daß er die hiesigen Verhältnisse nicht genügend kenne, um mißsprechen zu können; nichts desto weniger brachte er es über sich, in der unanständigsten und abgeschmacktesten Weise über den Kollegen Kollstrath herzufallen. Als derselbe zu einer persönlichen Erklärung sich das Wort erbat, wurde ihm dasselbe abgeschritten mit der Motivierung, die Versammlung sei geschlossen.

Dies zur sozialdemokratischen Versammlung im „Bären“. Auf die Angriffe in der sozialdemokratischen Versammlung waren wir der Deffentlichkeit gegenüber eine Antwort schuldig und zu diesem Zweck veranstalteten wir eine öffentliche Versammlung für den 31. Oktober, in der gleichzeitig auch über die Hanauer Bewegung und die gegenwärtigen Verhältnisse am hiesigen Ort Aufklärung geschaffen werden sollte. Bezeichnenderweise und zum großen Vergnügen der Genossen war unsere Versammlung viel besser besucht. Es waren annähernd 600 Personen zugegen, davon etwa 400 unserer Kollegen, der übrige Teil setzte sich aus Nichtorganisierten und sozialdemokratischen Verbändlern zusammen. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht über den Verlauf der Hanauer Bewegung und welche Mißanwendung zieht die Gmünder Arbeitererschaft daraus? Referent: Bezirksleiter Scherer-Offenbach. 2. Stand der hiesigen Lohnverhältnisse und ist durch ein gemeinsames Vorgehen der beiden Organisationen eine Verbesserung zu erwarten? Referent: Gewerkschaftssekretär Gerhards.

Kollege Scherer geißelte den Gewaltakt, wie er seitens des sozialdemokratischen Verbandes gelegentlich der Hanauer Bewegung ausgeübt wurde, der im krassen Widerspruch mit den allgemein geltenden Rechtsgrundsätzen stehe, der auch die Begriffe von „Gleichheit, Brüderlichkeit und Freiheit“ in eigenwilligem Licht erscheinen lasse. Nur wo die Arbeiter sich einschließen ließen von den Meistern und dem Abschwall der sozialdemokratischen Verbands-

strategen, sei ein derartiger Gewaltakt noch denkbar. Das Vorgehen des sozialdemokratischen Verbandes verstoße nicht nur gegen jegliches Recht, es wirke direkt arbeiterschädigend, da den Arbeitgebern die Waffen in die Hand gespielt werden, mittels deren die Verhandlungen mit den Arbeitern ablehnen.

Kollege Gerhards als zweiter Referent behandelte zunächst die aufgeworfenen Fragen der Gelegenheit der Besprechungspublikation veröffentlichten Sprechmanuskripte. In der Hand eines ziemlich umfangreichen Materials wies er die Unhaltbarkeit der eingerichteten Lohnverschlechterungen nach; es war ihm das umso leichter, als die Veröffentlichungen des Kaiserlich Statistischen Amtes über die Haushaltsverhältnisse der Arbeiter und Beamten eine Fundgrube schätzenswertes Material und Stoff bot, aus denen er die Details wiederlegte. Er zeigte damit, in welchem grellen Mißverhältnis die Löhne am hiesigen Platz zu dem stehen, was ein Arbeiter von rechtswegen beanspruchen kann und muß, um um seine Familie rechtshaffener durchs Leben zu bringen.

Bezüglich eines gemeinsamen Vorgehens sei die Behauptung der Bezirksleiters Ehrlers vom sozialdemokratischen Verband unzutreffend und irreführend. Wenn die Organisationen auch getrennt marschierten, so sei bei vereintem Schlagen doch dieses für die Arbeiter zu erreichen, was durch die erfolgreiche Gold- und Silberarbeiterbewegung im Jahre 1906 in drastischer Weise erwiesen sei. Bei dieser Bewegung habe der christliche Metallarbeiterverband hervorragend mitgewirkt, und führende Genossen des freien Verbandes hätten nachher erklärt, diese Bewegung sei die erfolgreichste, die von ihrem Verband bisher zu verzeichnen sei. Ueberall dort, wo unsere Kollegen mitgekämpft, müßte man ihnen gegenüber ein ehrendes Zeugnis ausstellen. Er, Nieber, sei dafür, daß in Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse etwas geschahen müsse, darum heiße es getrennt marschieren und vereint schlagen. Lebhaftes Beifallskundgebungen bekräftigten die Zustimmung der Versammlung.

Die Genossen hatten sich infolge ihres „guten Bewusstseins“ abermals ihren Frankfurter Bezirksleiter Ehrler verschrieben. Er verteidigte die gewalttätige Ausschließung der christlich organisierten Edelmetallarbeiter von den Verhandlungen in Hanau. Die hätten sich nicht beim sozialdemokratischen Verband gemeldet, glaubte er entschuldigers hinzusetzen zu müssen. Bezüglich der Ausweisung Scherers aus der öffentlichen Versammlung in Hanau erging sich Ehrler in den beleidigendsten Beschäftigungen. „Die Ausweisung sei deshalb erfolgt“, so fuhr Ehrler nach dem Bericht der „Nemz-Zeitung“ wörtlich fort, „weil in der vorliegenden Lohnbewegung keine (Scherers) Neben dem Arbeitgeber entnommen übermitteln worden seien und er deshalb der dortigen Leitung strenge Weisung erteilt habe, niemanden zuzulassen, wenn er nicht in der Industrie beschäftigt sei. Diesem sei Scherer zum Opfer gefallen. (Laute Protestrufe, Zurufe: Nette öffentliche Versammlung!) Redner fortsetzend: Ja, ich muß für mich das Recht in Anspruch nehmen, Spitzbuben aus öffentlichen Versammlungen auszuweisen. (Hier erscholl aus Hunderten von Reihen dem Redner entgegen: Zurücknehmen! Gemeinheit! und stürmisches Verlangen nach Entziehung des Wortes wurden laut. Es ließ sich denn auch die Versammlung ob dieser Provokation nur schwer beruhigen.) Redner fortsetzend: Ich verwalte mich ganz entschieden dagegen, daß ich Ihren Sekretär Scherer dabei im Auge habe. Im übrigen werde ich mir aber erlauben, mich so zu vertheidigen, wie ich es für gut finde.“

Mit solchen persönlichen Beschimpfungen und Provokationen wagt ein sozialdemokratischer Führer in einer vom christlichen Verband einberufenen Versammlung aufzutreten. Man weiß wirklich nicht, ob man sich mehr wundern soll über die Unberufenheit solcher Gegner oder über die Langmut der christlichen Arbeiter, die einen solchen Mann auch nur eine Minute länger im Saal geduldet haben. Mit dieser auf der niedrigsten Stufe stehenden Klampfenweise hat sich der sozialdemokratische Bezirksleiter Ehrler selbst gerichtet. Mit solch stumpfen Waffen kann er die herrschtschlichtige Intoleranz und Heringsplitterstatik des sozialdemokratischen Verbandes am allerbesten verteidigen. Mit seinen rohen Ausfällen hat er nur gezeigt, daß diese Haltung des sozialdemokratischen Verbandes überhaupt mit sachlichen Gründen nicht zu verteidigen ist. Das muß festgehalten werden.

Die selbstbereitete Blamage Ehrlers versuchte der sozialdemokratische Ortsbeamte Wanner wieder etwas zuzureuten, erging sich dabei aber auch wieder in Verbildigungen und haltlosen Angriffen gegen die christlichen Gewerkschaften. Sachlich waren seine Ausführungen denen seines Meisters Ehrler gleichwertig.

Sowohl Scherer wie Gerhards blieben den Herren in ihrem Schlusswort nichts schuldig. Scherer führte aus: Es beruhe sonderbar, daß man seine (Scherers) Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit in Worte zu stellen suche, nachdem man arbeitgeberseits dem sozialdemokratischen Verhandlungsleiter v. J. 1908 die Abfassung und Veröffentlichung unwahrer Berichte vorgeworfen und aus diesem Grunde eine persönliche Verhandlung abgelehnt habe. Wer jener Verhandlungsleiter gewesen sei, gehe aus den Ausführungen Ehrlers unmissverständlich hervor. Genau so verhalte es sich mit dem Vorwurf der Feigheit. In Darmstadt habe sich Ehrler die denkbar größten Beleidigungen gegen Scherer erlaubt, trotz dessen Abwesenheit; als dann Scherer anlässlich einer Versammlung in Gießen Ehrler aufforderte, die in Darmstadt gemachten Behauptungen zu wiederholen, um ihm Gelegenheit zu geben, dieselben zu widerlegen, habe E. erklärt: „Ach, Scherer, das hat doch keinen Wert, daß wir uns gegenseitig die Haare ausraufen.“ Wehmütig liege die Sache in Frieden heim bei Offenbach. Wenn E. auf das Flugblatt von Formerverbewegung i. J. 1906 verweise, so sei darauf zu sagen, daß er ja das Gerücht anzusehen konnte, wenn die in dem Flugblatt erhobenen Behauptungen nicht zuträfen, jetzt nach mehr denn 3 Jahren mit derartigen Dingen zu kommen, beruhe mehr als eigentümlich.

Die Wiedergabe dieser Vorgänge wirkte wie Pulver bei Ehrler, nicht so bei den Versammelten, die mit gespannter Aufmerksamkeit und Ruhe ausharrten. Ueberall hin vernehmbar schloß der Vorsitzende Bogt unter Abkühlung des Dankes an die Referenten die Versammlung ab. Die Versammlung dauerte bis 5 1/2 Uhr abends.

Nun geschah etwas, was man in Gmünd noch nicht erlebt und hoffentlich auch nicht mehr erleben wird. Der Herr Ehrler bemerkt nämlich, daß die Durchschlagkraft seiner Ideen mehr in der Faust als im Geiste liegt. Ueber den Schlussakt berichtet die „Nemz-Zeitung“:

„Ehrler brängt sich nun an den Vorstandstisch heran mit dem Verlangen, nochmals sprechen zu dürfen. Der Vorsitzende beabsichtigte ihm, die Versammlung zu schließen; es ließ ihn kein Recht zu. Ehrler springt auf das Rednerpult, worauf ein in Gmünd noch nie dagewesener Tumult entstand. Mitglieder des Vorstandes machten E. darauf aufmerksam, daß die Versammlungseinerlei das Hausrecht besitzen und E. und seine Anhänger sich des Hausrechtsbruchs schuldig machen würden. Es half nichts, E. wollte trotzdem sprechen. Darauf wurde das Rednerpult genommen, darauf schlug Ehrler mit voller Wucht auf das Vorstandsmittglied Börner ein, was den Tumult noch steigerte. Ein Mitglied der freien Gewerkschaften sprang auf einen christlichen Vertrauensmann ein, ihm einen Stoß versetzend, daß er zurücktaumelte, ein anderer wollte die Glocke an sich reißen, was nur mit Anwendung von Gewalt verhindert werden konnte. Erst auf wiederholten Hinweis des Vorsitzenden, daß man vom Hausrecht Gebrauch machen werde, wie durch das Einschreiten des Hausmeisters sah sich der Führer und Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes veranlaßt, den Saal zu räumen. Nur der Besonnenheit der christl. Organisationsleitung war es zu danken, daß die auf ihrer Seite stehende Arbeitererschaft nicht gegenüber Ehrler Gleiches mit Gleichem vergalt.“

Trotzdem Ehrler Augen- und Ohrenzeuge war, als unsern Kollegen E. im „Bären“ das Wort abgeschritten wurde, bringt er es fertig, ohne Rücksicht auf Gastfreundschaft und Anstand aufs Rednerpult zu springen, die ihm vom Sprechen abratenden christlichen Arbeiter sogar ins Gesicht zu schlagen, angeblich, weil dieselben das Rednerpult umstoßen wollten, wie man sich sozialdemokratischerseits jetzt herausreden will. Dabei ist zu bedenken, daß sich das Pult nur wendete, da es auf Rollen steht, von einem Umstürzen kann daher gar nicht die Rede sein. Der Schluss erinnert uns an Schillers Dichterwort: „Wo rohe Kräfte sinnlos walten, da kann sich kein Gedicht gestalten.“

Solche Männer wollen die berufenen „Führer“ und „Erzieher“ des Volkes sein! Traurig und beschämend für eine Richtung, die solche Blüten des Fanatismus zeitigen kann. Auf dieser im wörtlichen Sinne des Wortes schlagfertigen Bezirksleiter darf der sozialdemokratische Metallarbeiterverband wahrlich stolz sein. Neben dem Vorsitzenden bildet er eine hervorragende „Stütze“ der Organisation, ein Aushängeschild von „Anstand.“ Mit Berechnung wird der Feil der Intimität von solchen Fanatikern immer tiefer in die Arbeiterschaft hineingetrieben, ein gemeinsames Vorgehen im Interesse des Arbeiters wird von ihnen untergraben, schließlich ganz unmöglich gemacht, zum großen Gaudium des Unternehmertums als lachenden Dritten. Alles aus fanatischem Haß gegen Unberufenen, um die christlichen Berufsorganisationen zu vernichten.

Dabei treiben sie die Unehrlichkeit in der Agitation auf die Spitze. Einmal heißt es, die Christlichen seien zu feig, um den Genossen gegenüber zu treten. Tut man dies, suchen die gleichen Leute die christlichen Redner zu töten und niederzubrüllen. Wird den Genossen in unsern Versammlungen der Zutritt gestattet, dann pfeifen sie auf Anstand und Gastfreundschaft, mißbrauchen dieselbe durch Anwendung roher Gewalt, wie es hier geschehen ist.

Jetzt gilt erst recht die Parole, nicht getastet und gerührt, bis der letzte christliche Gold- und Silberarbeiter und die letzte Arbeiterin in unseren Reihen steht, dem christlichen Metallarbeiterverband beigetreten ist. Kollegen auf ans Werk, keiner bleibe zurück!

Nachschrijt. Die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ Nr. 46 berichtet über die Raubversammlung (nach einem auch in der sozialdemokratischen „Schwäb. Tagewacht“ in Stuttgart erschienen Bericht) in ihrer einseitigen wahrheitswidrigen Weise. Wer das sozialdemokratische Blatt für wörtlich und anständig genug hält, die Vorkommnisse in der Gmünder Versammlung zu bedauern und die Tätligkeiten Ehrlers zu verurteilen, der tritt ganz gewaltig. Im Gegenteil wird das Verhalten des schlagfertigen Genossen noch indirekt als tapferer Selbstbehalt hingestellt. Die „Met.-Ztg.“ berichtet über den ordnungsgemäßen Schluss der Versammlung durch den Vorsitzenden Bogt und führt dann wörtlich fort:

„Ehrler betrat hierauf das Rednerpult, um mit den Anwesenden noch kurz das zu erledigen, was seine Angreifer ihm verweigerten. Ihm fürzte der christliche Arbeiter Börner auf ihn zu und versuchte das Rednerpult umzustürzen. Das wäre ihm schließlich gelungen, wenn ihm Ehrler nicht eine saftige Ohrspeige heruntergehauen hätte. Die Folge war ein allgemeiner Tumult, bis der Hausmeister allgemein zum Verlassen des Saales aufjoderte. Grund ist durch diese Versammlung um eine weitere interessante Episode reicher geworden.“

Das fleißigste Benehmen der sozialdemokratischen Raubhelfer, die insamen Anpöbelungen der christlichen Arbeiter durch Ehrler und dessen Stöhrer nach Schluß der Versammlung, das alles ist nach dem Bericht der „Met.-Ztg.“ nichts wie eine interessante Episode. Wenn führende Organe und Personen die Waffen auf solche Art und Weise „erziehen“, braucht man sich in Zukunft über nichts mehr zu wundern. Das muß in letzter Linie zum rohen gewalttätigen Anarchismus hinführen. Vorläufig leben wir aber noch im Gegenwartsstaat, wo es mehr Werten wie rasende Hunde gibt. Einzelne Gewaltmenschen im Lager der „Freiheit“ (!) und „Brüderlichkeit“ (!) scheinen das verzeihen zu haben. So wird es ihnen auf deutlich bemerkbare Weise wieder in Erinnerung zu bringen sein.

Rheinfelden. Eine Pflicht der Pietät erfüllter am Sonntag den 31. Oktober die christlichen Arbeiter von Wädyl-Rheinfelden und der weiteren Umgebung gegenüber ihrem während des letzten Streiks erschossenen Kollegen Adamo Gnolli. Dem für die Sache der Arbeiter gefallenen Kämpfer haben die christlichen Metallarbeiter ein Grabmal gesetzt, das am 31. Oktober in feierlicher Weise eingeweiht wurde. In der Sitzung der Versammlung am 30. zum Teil aus weither Ferner herbeigeeilten Gmündern, um ihre Teilnahme an dem tragischen Tode des er-

schönen Kollegen zu bekunden. Es waren christliche Arbeiter erschienen aus Freiburg, Mühlhausen, Basel, Säckingen, Murg, aus dem Westtal und der benachbarten Schweiz. Ein schönes Bild internationaler Einigkeit und Solidarität.

Von der Behörde war ein strenges Verbot ergangen, geschloffen zum Friedhof an das Grab des Gefallenen zu marschieren, deshalb gingen die Kollegen einzeln oder in ganz kleinen Gruppen dorthin, wo die Gedächtnisfeier dann in würdiger Weise begangen wurde. Kollege Thelen (Mannheim) hielt eine kurze Ansprache, die zu Herzen ging; den im Kampf um die Arbeiterrechte so jählings getöteten Kollegen wurden alle christlich-organisierten Arbeiter stets in ehrendem Gedächtnis behalten. Am wichtigsten aber ehrten wir den Verstorbenen durch treues Festhalten an den Idealen unserer christlichen Arbeiterbewegung und unermüdete Weiterverbreitung unserer Ideen. — Nach einem stillen Gebet für die Seelenruhe des Verstorbenen wurde im Namen des christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands und des Kartells der (schweizerischen) christlichen Gewerkschaften Basels ein Kranz auf dem Grabe niedergelegt und damit war die Feier auf dem Friedhof beendet.

Nachher fand dann in der Sängerkapelle eine öffentliche Versammlung statt, in der Gustav Mühlhausen als erster Redner einen begeisterten Vortrag über die Aufgaben und Rolle der christlichen Gewerkschaften hielt. Als zweiter Referent behandelte Kollege Thelen das Thema: Zehn Jahre christlicher Metallarbeiterverband.

In der Diskussion vertrat ein Gegner (der es bezeichnenderweise aber verächtlich ablehnte, ein Sozialdemokrat zu sein, also nicht einmal soviel Mut besaß, Farbe zu bekennen) nach echter sozialdemokratischer Manier gegen den abwesenden Kollegen Engel zu heben, als er es aber gar zu geschäftig und provokierend trieb, steigerte sich der Unwille der Versammlung so weit, daß dem bedauerlicherweise Manne das Wort entzogen werden mußte. — Herr Bergmann aus Basel kennzeichnete in kurzen aber treffenden Worten die unehrliche verheerende Kampfweise der Gegner und wies ferner auf die Bedeutung der internationalen Bundesgenossenschaft der christlichen Arbeiter hin. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen. Nach der Versammlung machten sich wieder mehrere Rabauken aus dem gegnerischen Lager in unheimlicher Weise bemerkbar. Der schöne und erhebende Eindruck der Denkmaleinweihung und nachfolgenden Versammlung ist durch den krankhaften Fanatismus einzelner verheerter Gegner nicht beeinträchtigt worden.

Anmerkung der Redaktion: Der Einsender des vorstehenden Berichtes, ein schlichter Arbeiter, schließt im Hinblick auf das Verhalten der Gegner in und nach der obigen Versammlung seine Ausführungen u. a. mit folgenden Worten: „Ist es denn schon soweit gekommen, daß mit allem guten Willen und aller Mühe keine Ruhe zu schaffen ist? Wann endlich wird die Gegnerschaft von ihrem Fanatismus ablassen, damit wieder Friede und Frieden in die heimlichen Einzelkämpfe kann?“

Unschönend wird das bei den Gegnern noch recht lange dauern. Solange Leute von der Qualifikation eines Karl Hochhölzer die Gemüter in Erregung halten und die Leidenschaften aufspitzen, solange werden die Nachläufer solcher Führer und Opfer ihrer Erziehungsmethoden keinen Frieden aufkommen lassen. Organisieren müssen sich die christlich-gesinnten Arbeiter bis zum letzten Manne, denn durch die Stärke unserer Bewegung werden wir den sozialdemokratischen Gegnern das traurige Handwerk am besten legen können.

Bekanntes Zeug- und Aigenaposteln aus dem gegnerischen Lager verweigere man ein für allemal den Zutritt zu allen von unserer Seite einberufenen Versammlungen, die nicht dafür da sind, den Gegnern als Lummelplatz für ihren Fanatismus und Resonanzboden für ihre unehrliche Agitation zu dienen. Solchen Elementen zeigt man nur, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat.

Gesellkassen. Die Krise hatte uns bisher im hiesigen Bezirk in großen und ganzen ziemlich verschont. Größtenteils waren die hiesigen Werke normal beschäftigt, verschiedentlich wurde sogar mit Überstunden gearbeitet. Von einem planmäßigen Lohn- oder Abschlag war deshalb auch weniger zu spüren, höchstens dort, wo solches durch die Laune der Kollegen geschieden konnte. Jetzt wo im allgemeinen die Wirtschaftslage sich wieder etwas hebt, setzt bei uns die Krise ziemlich scharf ein. Mehrere Werke sind dazu übergegangen, die Arbeitszeit um 2 Stunden täglich zu kürzen. Auch wird das Abschlagsystem geregelt, nach unten natürlich; es wird auch angedeutet, daß ein Lohnabzug noch folgen soll. Geheiß ist die Behandlung auch nicht mehr so wie sie sein soll; auch hier wird das Verbot ziemlich nachgeholt; glaubt man doch den Arbeitern jetzt alles bieten zu dürfen. Für unsere Kollegen muß dieses ein Ansporn sein, fleißiger wie bisher die Versammlungen zu besuchen und das dort Gehörte in der Agitation zu benutzen, denn wir stehen solange machtlos da, wie die große Masse es nicht für notwendig hält, sich zu organisieren.

Vielach hört man in der Agitation von Unorganisierten den Ursinn, daß die Organisationen nur den Zweck hätten, den Angestellten der Organisation einen faulen Tag zu machen. Tritt aber eine Abschlag- oder Lohnreduzierung ein oder sonst irgend eine Verschlechterung, dann sind es ausgerechnet gerade dieselben Vorkämpfer, welche die Organisierten bestärken, vorstellig zu werden, um sich von denen die Kostanten aus dem Feuer holen zu lassen. Sie bedenken aber nicht oder wollen es nicht bedenken, daß man erst dann vorgehen kann, wenn die Arbeiterschaft einig dasteht. Daß die Organisation auch Erfolg hat, dafür haben wir hier am Orte schon genug Beispiele. Ein Beispiel: Auf einem größeren Hüttenwerke wurde ein allgemeiner Lohnabzug von 10 Prozent durch Beschlag bekannt gegeben. Durch das Eingreifen unseres Verbandes wurde der Abzug in einzelnen Betrieben auf 5 Prozent reduziert, mit dem ausdrücklichen Bemerkens, daß, sobald die Lage sich etwas bessert, der Lohn wieder erhöht werden solle, in anderen Betrieben wurde der Abzug ganz zurückgenommen.

Warum? Weil die Verwaltung genau wußte, daß sie es hier mit einer geschulten organisierten Masse zu tun hatte. Die Unorganisierten hätten den Lohn um 10 Prozent drücken, weil die Unorganisierten dem Unternehmer keine Kopfschmerzen machen. Tritt etwas

derartiges ein, dann steht eine große Zahl der Arbeiter den Wert der Organisation ein und organisiert sich. Die meisten glauben dann aber, wenn sie ein oder zwei Marken geklebt haben, dann muß auch gleich vorgegangen werden. Es sind dies Kollegen, welche wohl ernten, aber nicht säen wollen. Sie kehren nach kurzer Zeit dem Verbanne wieder den Rücken, um weiter zu schlafen.

Dieses angeführte Beispiel ist nur eins von vielen, um zu beweisen, daß manches erreicht wurde. Allerdings wurde dieses Vorgehen nicht mit großem Tamtam in Szene gesetzt, sondern durch ruhiges, zielbewusstes Vorgehen haben wir der Fabrikleitung imponiert. Darum ihr Kollegen von Gesellkassen! Schließt euch in Massen dem christl. Metallarbeiterverband an. Er hat schon zur Genüge bewiesen, daß er es ehrlich mit der Arbeiterschaft meint, denn nur durch ein geschlossenes Vorgehen können wir unsere Lage verbessern.

Schweinfurt. Seit einiger Zeit herrscht hier wieder Hochkonjunktur. Die Nachschichten kommen in Betrieben zur Einführung, wo man sie früher nur dem Namen nach kannte. Wer aber glaubte, daß mit dem besseren Geschäftsgang sich auch bessere Lohnverhältnisse bemerkbar machen, wurde sehr bald enttäuscht. Auf Lohn- und andere Verhältnisse wurde an dieser Stelle kürzlich schon hingewiesen. Für diesmal sei auf einen charakteristischen Fall Bezug genommen.

Ein Schleifermeister bei der Firma Fichtel u. Sachs versteht nämlich sehr gut die Handhabung der Abschraub- schraube, natürlich nach unten, sodaß bei zuverlässiger Arbeit ein auskömmlicher Lohn nicht mehr oder sehr selten zu erreichen ist. Der tragliche Meister hat aber auch sonst noch schöne Eigenschaften. Im Verkehr mit der Arbeiterschaft ließ er sich zum Beispiel vernehmen: „Sie Bauer, ich werje Sie hinaus,“ oder ein andermal: „Wenn wieder so ein Bauer kommt, so wird er mit dem Gummischlauch hinausgehauen.“ Der Mann bringt das auch in der Praxis fertig; so hat er wiederholt Arbeiter gepackt und durch den halben Saal geworfen.

Es ist dies deshalb leicht verständlich, daß in dieser ungeschicklichen Abteilung ein besonders starker Arbeiterwechsel herrscht. Trotz all der oben bezeichneten „Energie“, oder infolge unangebrachter Energie gibt es in besagter Abteilung Ausschusswaare übergenug. Gegen solche Verhältnisse hat die sonst alles kritisierende sozialdem. Presse kein einzig Wort der Kritik. Und warum? Der betreffende Meister ist Parteigenosse; die vorgezeichneten Verhältnisse bilden ein sozialdemokratisches Kulturbild. Einer der ehemaligen führenden Genossen maßregelte einige Genossen und der andere verwechselte das Frankenland mit Rußland. Eine kleine Illustration zur soziald. Praxis. An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen!

Hagen. Wie gefast haben sich die Zeiten bei unseren „Freunden“ von der roten Zukunft. Wie aus dem Bericht vom 3. Quartal hervorgeht, hatte die hiesige Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes im genannten Zeitraum einen Mitgliederverlust von 563 zu verzeichnen. Die gegenwärtige Zahl der Mitglieder beträgt 1879 gegenüber 2342 am 1. Oktober 1908. Von dem Lokalfassenbestande in Höhe von 5196,73 Mark am 1. April d. J. ist gar nichts übrig geblieben, man war sogar gezwungen, ein Darlehen von 2500 Mark aufzunehmen.

Zum großen Teil kann dieser Rückgang auf das Konto der Metallarbeiterbewegung im letzten Sommer gesetzt werden. Bekanntlich endigte dieselbe mit dem Davonjagen des ersten Geschäftsführers, Friß Donath. Da die Genossen „unsern Friß“ wie man ihn früher so gern nannte durchaus nicht wieder beschärfen wollten, erfolgte dessen Versetzung nach M. Gladbach. Wir würden nun von den Vorgängen im anderen Lager keine Notiz nehmen, wenn die guten Deutchen nicht immer mit ihren „erfreulichen Fortschritten“ renommierten. So bringt die sozialdemokratische Tagespresse unter der Ueberschrift „Sommer vorwärts“ den Geschäftsbericht vom 3. Quartal des 7. Bezirks zu dem auch Hagen gehört. Es heißt da u. a.:

„Während im 2. Quartal noch mit einem kleinen Rückgang zu rechnen war hat das 3. Quartal eine ganz erhebliche Zunahme und zwar von 1063 Mitgliedern zu verzeichnen. Es hatten von 43 Verwaltungen 21 derselben eine Zunahme von 1437 Mitgliedern und 9 Verwaltungen noch einen Rückgang von 374 zu verzeichnen, sodaß immer noch eine reine Zunahme von 1063 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Es sind dies aber auch keine papiernen Mitglieder wie von den Gegnern meistens (nicht mit Unrecht D. G.) behauptet wird, sondern wirklich zahlende Mitglieder.“

Beachte man nun: Nach dem offiziellen Bericht der Hagenen Verwaltung betrug der Mitgliederverlust allein für Hagen 563. Koberer Weise wolle wir 130 Abgereifte — trotzdem sicherlich auch unter diesen ein großer Prozent-satz verloren ist — nicht mit in Anrechnung bringen. blieb immerhin ein Reinerlust von 433 Mitgliedern.

Der Bericht von der 7. Bezirksleitung gibt nun für 9 Verwaltungen einen Verlust von 374 Mitglieder an. Hat man nun für Hagen schon 59 Austritte zu wenig angegeben, wo bleiben denn aber die übrigen 8 Verwaltungen die verloren haben. Entweder schwindelt die Verwaltung Hagen ihren Mitgliedern eine zu hohe Austrittsziffer vor — einen derartigen Blödsinn trauen wir ihr aber nicht zu — oder aber die Bezirksleitung sündigt. Das letztere wird wohl richtig sein. Denn es ist doch gar zu schön, immer auf die Fluktuation im christlichen Lager hinweisen zu können, während im eigenen das Gegenteil der Fall sein soll. Die Genossen werden nun aber wohl begreifen, wenn ihren Angaben so wenig Glauben geschenkt wird, man von „papiernen Mitgliedern“ spricht. Genosse Quarl hatte doch recht als er sagte: „Wir moegen, wo wir moegen können.“

Briefkasten.

Nach Eichstädt. Es ist nicht Sache unserer Gewerkschaftsblätter und mit Rücksicht auf die Raumverhältnisse auch ganz unmöglich, die in sozialdemokratischen Parteiveranstaltungen bezapften politischen Schwandlungen richtig zu stellen, das ist Aufgabe der politischen Tagespresse. Aus diesen Gründen mußte die Einsendung zu den Akten gelegt werden.

Sterbetafel.



Mannheim. Am 2. Novbr. starb nach langem Leiden unser Kollege Georg Josef Kullmann an Nierenleiden im Alter von 24 Jahren. — Am 4. November starb unser Kollege Johann Schneider an einem Lungenleiden.

Ehre ihrem Andenken.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Augsburg. Samstag, den 20. November abends 8 Uhr Versammlung. Tagesordnung: Geschäftsbericht vom 3. Quartal und Kartellbericht mit wichtiger Beschlußfassung.

Berge-Forst. Samstag, den 27. November, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Fortmann, Bachstraße.

Bodum. Sonntag, 28. Nov. nachm. 4 Uhr öffentl. Festversammlung mit Frauen. Redner: Herr Pastor Hof und Bezirksleiter Kollege Kirste er.

Duisburg-Großenbaum. Sonntag, den 21. November, morgens 11 Uhr bei Cremerius, Eith rdsberg.

Duisburg I Neudorf. Sonntag, den 21. Nov., morgens 10 1/2 Uhr im katholischen Vereinshaus (Kumpf, Bismarckstraße) Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: „Der Arbeiter in seiner Stellung zur Gesellschaft“. Referent: Gewerkschaftssekretär Werners.

Duisburg-Weider ch. Sonntag, den 28. Nov., nachm. 4 Uhr italieer-Versammlung mit Vortrag.

Dortmund. Sonntag, den 21. Nov., vorm. 11 Uhr Versammlung im christlichen Gewerkschaftshaus, Westerblickstr. 62 1/2.

Düsseldorf-Derath. Samstag, den 20. Nov., abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im „Derather Hof“, Witz Lampenscher. Referent: Kollege Leupke.

Dreieckfurt. Sonntag, den 28. Nov., nachm. 5 Uhr im Hotel Aech Festversammlung mit Familienangehörigen.

Eisenach. Samstag, 20. November abends 8 1/2 Uhr Versammlung im Konzerthaus Clemba.

Essen-Stadt. Sonntag, den 21. November morgens 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus Frohnhauserstraße.

Essen-Nellingshausen. Sonntag, den 21. Nov. morgens 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale „Röhne“ Hauptstraße.

Essen-Altenessen. Sonntag, den 21. November abends 6 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Körner, Segerothstraße.

Essen-Frohnhauser. Sonntag, den 20. November, nachm. 7 Uhr Mitglieder-Versammlung mit Frauen im Lokale Postgäßchen, Frohnhauser-Wohnenstr.-Ecke.

Essen-Segeroth. Sonntag, den 21. November, abends 7 Uhr im Verkehrslokale Bäck Mitglieder-Versammlung. Frauen sind freundlich eingeladen.

Essen-Kleingewerbe. Samstag, den 20. November abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße.

Emmerich. Sonntag, den 21. November, abends 6 Uhr gemeinsame Versammlung sämtlicher Verufe bei Bunnardt. Vortrag: Bedeutung der Gewerbevereine. Morgens um 11 1/2 Uhr Vorstand- und Vertrauensmänner-Versammlung bei Ramez, hinter der Laterne.

Erlangen. Nächste Versammlung mit Vortrag am Samstag, den 27. November, abends 7 1/2 Uhr in der „Alten Krone“.

Gesellkassen-Sülzen. Sonntag, den 21. November nachm. 4 1/2 Uhr bei Nachbarschule.

Gesellkassen-Sulmke. Freitag, den 26. Nov., abends 7 Uhr bei Luig.

Gesellkassen-Neustadt. Samstag, den 27. November, abends 8 Uhr bei Natus.

Hamborn-Margloh. Sonntag, den 5. Dezember, nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Janichulte Provinzialstr. gemeinsame Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Hamborn-Margloh-Bruckhausen. Frauen mitbringen.

Haaren. Sonntag, den 21. November, morgens 11 Uhr Versammlung bei Deben, Bachstraße.

Hagen. Sonntag, den 21. Oktober bei Westen Generalversammlung der Ortsverwaltung. N-B. Neben Freitag ist das Büro bis abends 10 Uhr geöffnet zwecks Abrechnung für die Vertrauensmänner.

Koblenz. Sonntag, den 21. November, abends 6 Uhr Versammlung bei Knops.

Ludwigshafen a Rh. Samstag, den 20. November Versammlung 1/2 9 Uhr abends im Lokale Klehr, Nohrlochstraße mit Vortrag des Kollegen Schmitt.

Mannheim-Stadt. Samstag, den 20. November abends 1/2 9 Uhr Versammlung mit Vortrag über Bedeutung des Staates in der Gegenwart.

Mannheim-Neckarau. Sonntag, den 21. November, nachm. 2 1/2 Uhr Versammlung im Ohien mit Vortrag über Arbeitslosentumern.

München. Samstag, 27. November 1909 Monatsversammlung im Wiesengarten, Schillerstr. 16. Referent: Herr Sekretär Matthe.

Ravensburg-Weingarten. Samstag, den 20. Nov. abends 1/2 9 Uhr Versammlung in Weingarten im Lokale „goldenes Kreuz“. — Sonntag, den 21. Nov. vormittags 11 1/2 Uhr Versammlung in Ravensburg, Lokale: „acht am Rhein“.

Siegburg. Samstag, den 20. November, abends um 8 Uhr im Restaurant Minoriten Mitglieder-Versammlung mit Vortrag a.o.u. auch Nichtmitglieder eingeladen sind.

Süßbach. Sonntag, den 28. November, nachm. tags 8 Uhr Versammlung bei Josef Schall. Vortrag eines auswärtigen Redners.

Thale a. S. Sonntag, den 21. Nov. nachm. 3 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung mit Vortrag im „Braunen Wirtshaus“. Die Frauen der Kollegen sind freundlich eingeladen.

Unterföcken. Sonntag, den 28. Novbr., nachm. 3 Uhr Versammlung im Lokale „Ditsch“. Wichtige Tagesordnung.

Verlautenheide. Sonntag, den 21. November, nachmittags 4 1/2 Uhr: arbeitslosen bei Hagien.

Wassertrüben. Sonntag, den 18. November, nachmittags 3 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Koll. Funk, „Zur Sängerkapelle“.

Würzelen. Sonntag, den 21. November, morgens 11 Uhr Versammlung bei Schümmern.